

# Der Freisinn

# FDP

Nr. 12  
Dezember 1988  
10. Jahrgang  
Erscheint monatlich

Redaktion:  
«Der Freisinn»  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Inserate:  
ofa Orell Füssli Werbe AG  
Holbeinstrasse 30, 8022 Zürich  
Telefon (01) 250 31 11

Herausgeber:  
Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP)  
Postfach 2642, 3001 Bern  
Telefon (031) 22 34 38

Ergebnisse einer bemerkenswerten Untersuchung

## Arbeitskräftemangel und Lohnentwicklung

Seit einigen Jahren lässt sich bei steigender Beschäftigung ein zunehmender Mangel an qualifiziertem Personal, weniger jedoch an un- und angelernten Arbeitnehmern, feststellen. Diese Tatsache betrifft alle Sektoren und Branchen, besonders aber die Maschinenindustrie, die Chemie und die Banken.

Die Ursachen dieser Entwicklungen liegen in der Einführung neuer, qualifikationsintensiver Produktionstechnologien angesichts der steigenden internationalen Konkurrenz und im Vormarsch des Dienstleistungssektors (Tertiärisierung). Beide Faktoren bewirken eine Aufhebung unqualifizierter Arbeitsplätze, erhöhen aber gleichzeitig die Nachfrage nach besser ausgebildetem Personal (vor allem im Angestelltenbereich), das in der Lage ist, die komplizierten Arbeitsabläufe zu bewältigen. Es liegt auf der Hand, dass auch die Lohnstrukturen – wenn auch mit einiger Verzögerung – auf diese Veränderungen reagieren. Eine kürzlich publizierte Untersuchung der Konjunkturforschungsstelle der ETH Zürich versucht, entsprechende Zusammenhänge aufzuzeigen.

### Zunehmende Unterschiede im Reallohnwachstum

Noch in den frühen siebziger Jahren wuchsen die Löhne des weniger qualifizierten Personals stärker als diejenigen der Qualifizierten, da in jener Zeit eine Annäherung der Mangelsituation der verschiedenen Arbeitnehmerkategorien zu beobachten war. Seit dem

beschleunigten Strukturwandel ab 1973 (infolge Ölpreisschocks, starker Zunahme des Aussenwerts des Frankens und Tertiärisierung der Wirtschaftsstruktur), welcher die Mangelsituationen auf den Arbeitsmärkten zugunsten qualifizierter Arbeitnehmer verschob, haben sich die Verhältnisse umgekehrt: die Reallohnentwicklungen der verschiedenen Arbeitnehmerkategorien gehen verstärkt auseinander. (Eine Ausnahme machen die Industriearbeiter, da in der Industrie zum einen ein weniger ausgeprägter Facharbeitermangel herrschte und zum anderen erhebliche Verminderungen der Belegschaft notwendig waren). Diese Vorgänge entsprechen durchaus ökonomischer Logik.

Verstärkte Lohndifferenzierungen im Rahmen vorgegebener betrieblicher Kostenstrukturen führen zu zusätzlichen Anreizen bezüglich Aus- und Weiterbildungsanstrengungen, die längerfristig mithelfen, die Mangelsituation zu entschärfen. Hierzu ist es allerdings zunächst notwendig, dass sich die Lohnbildung möglichst flexibel nach Massgabe individueller Leistung und Lernbereitschaft vollzieht; hierbei spielen zusätzlich die Faktoren Teuerung

und technologiebedingtes Produktivitätswachstum als lohnbestimmende Grössen eine Rolle. Die Sensibilität der Löhne auf unterschiedliche Arbeitsmarktsituationen variiert dabei je nach Arbeitnehmerkategorie. Sie liegt bei den weniger Qualifizierten am höchsten und nimmt mit dem Qualifikationsgrad ab, da die Betriebsbindung und das betriebspezifische Humankapital bei den Qualifizierten tendenziell ansteigen.

### Massnahmen gegen Fachkräftemangel

Der seit einigen Jahren zunehmende Fachpersonalmangel dürfte sich infolge des wirtschaftlichen Strukturwandels und der demographischen Entwicklung auch in Zukunft akzentuieren. Zur Entschärfung der Situation bieten sich mehrere Massnahmen an. Dazu gehören die grössere Lohndifferenzierung und -flexibilisierung im Rahmen der jeweiligen betrieblichen Gegebenheiten. Weitere Auswege liegen in der verstärkten Rationalisierung von Produkten und Verwaltung sowie im Zuzug qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte, soweit dies die politische Situation zulässt. Unerlässlich sind schliesslich verstärkte Aus- und Weiterbildungsanstrengungen. Diese sind jedoch letztlich nur dann mit Lohnanreizen zu erreichen, wenn auch in Zukunft ein Bildungssystem gefördert wird, das den Bedürfnissen unserer Wirtschaft entspricht. Es ist allerdings damit zu rechnen, dass entsprechende Massnahmen lediglich längerfristig zum Erfolg führen können, da die Wirtschaftsteilnehmer nur langsam auf die Marktsignale (z. B. differenziertere Löhne) reagieren und ihre zeitintensiven Aus- und Weiterbildungsanstrengungen verstärken.

Realitätsbezug nicht verlieren!

## Neue Weltpolitik und die Schweiz

Mit Blick auf die veränderte weltpolitische Lage muss unsere Aussenpolitik sensibler und differenzierter werden und darf dabei unter keinen Umständen ihre Realitätsbezogenheit verlieren. Diese Ansicht vertritt und begründet nachstehend FDP-Nationalrat Jean-Pierre Bonny, Bremgarten BE.

Auf strategischer Ebene müssen und sollen wir an den bekannten Eckwerten unserer Aussenpolitik festhalten. Dagegen bedarf es im operationellen Bereich einer vermehrten Beweglichkeit, die auch neue Wege und Lösungen nicht ausschliessen soll. In einer Phase der Unsicherheit, wie wir sie jetzt erleben, ist es aber besonders wichtig, dass man über klare strategische Zielvorstellungen verfügt und sich an diese auch in bewegten Zeiten hält. Wir haben in der Tat keinen Anlass, die strategischen Optionen unserer Aussenpolitik grundlegend zu ändern. Ihr Ziel bleibt, die Freiheit, die Unabhängigkeit und überhaupt die Interessen unseres Landes zu verteidigen und zu wahren. Keine Modifikationen sind auch auf der Ebene der strategischen Instrumente am Platz, die da sind: unsere dauernde und bewaffnete Neutralitätspolitik; unsere Disponibilität; unsere Solidarität und Universalität unserer Beziehungen.

### Aufgewertete Neutralität

Unsere dauernde und bewaffnete Neutralität hat nach dem Uno-Verdikt des Volkes im Frühjahr 1986 eine klare Aufwertung erhalten. Hier geht es nicht nur um die Einhaltung neutralitätspolitischer Pflichten, sondern mehr noch um eine unzweideutige Neutralitätspolitik, die bereits in Friedenszeiten unsere Rolle als Neutraler glaubwürdig macht. Als neutraler Staat bilden wir damit in einer unruhigen Welt eine Zone der Stabilität und leisten so einen Beitrag zur Friedenspolitik. Neutralitätspolitik nach schweizerischem Verständnis bedeutet aber nicht Einigelung und Abschlüssung nach aussen.

### Vorsicht vor Blockbindungen

Dies ergibt sich auch aus dem Prinzip der Universalität unserer Beziehungen. Dieser Grundsatz schliesst nicht aus, dass gewisse Beziehungsnetze für uns prioritären Charakter haben. Ich denke dabei vor allem an unsere Beziehungen zu Westeuropa, zu den EFTA- und EG-Mitgliedstaaten Westeuropas und darüber hinaus zu allen Ländern der freien Welt. Der negative Uno-Entscheid hat unsere aktive Mitarbeit in den Spezialorganisationen der Uno nicht berührt. Positive Erwähnung verdient auch unsere Mitarbeit im Rahmen der KSZE. Dort

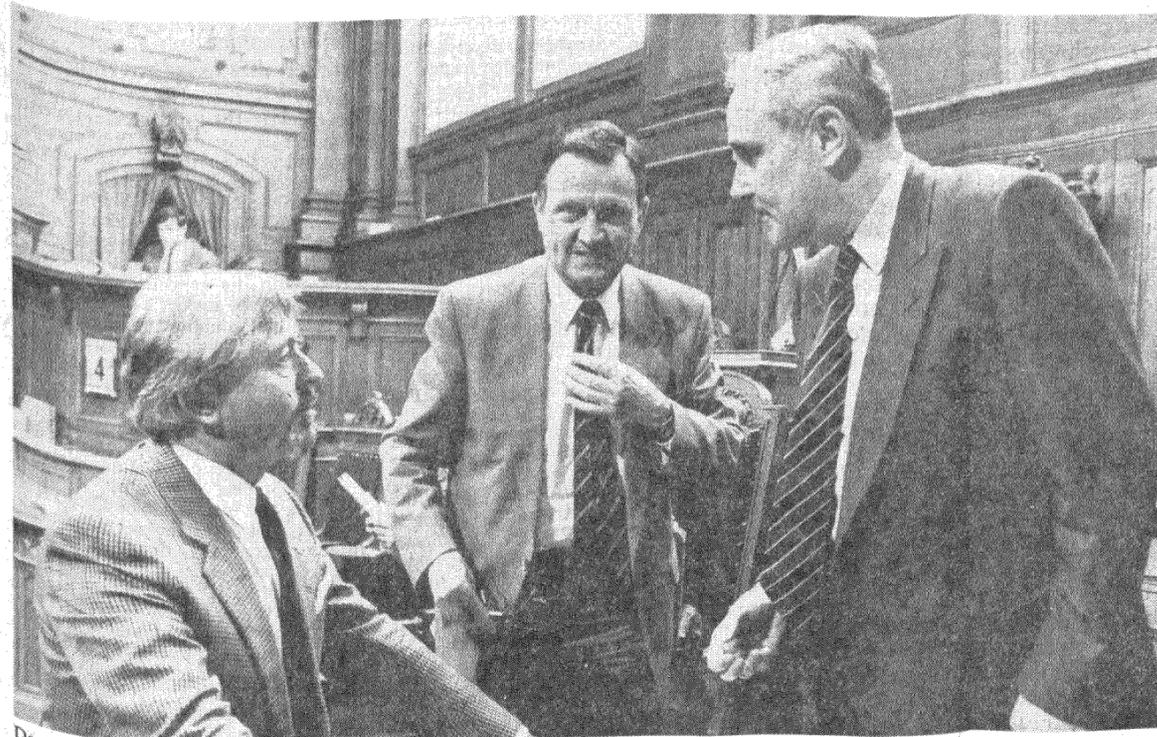


pflügen wir besonders engen Kontakt mit der Gruppe der N+N-Staaten. Bei allem Verständnis für diese Kontakte scheint mir aber in dieser Beziehung doch eine gewisse Vorsicht am Platze zu sein. Es ist nicht der Zweck der Übung, wenn wir im Bemühen, uns aus der Blockbindung herauszuhalten, gleichzeitig in den Block der Neutralen eingebunden würden. Im Rahmen unserer universellen Beziehungen hat eindeutig die Förderung und Weiterentwicklung des Völkerrechts im Vordergrund zu stehen. Für den Kleinstaat Schweiz bieten – im Gegensatz zu den Grossmächten, die dank ihrer Macht Einfluss nehmen können – die multilateralen Organisationen eine der wenigen Möglichkeiten, um das Völkerrecht und die Wahrung der Menschenrechte zu fördern.

### Solidarität mit der 3. Welt

Die Nord-Süd-Bombe tickt weiter. Damit ist zugleich angedeutet, wie notwendig unsere Solidarität zur Welt und – auch wenn dies in unserem Volke nicht besonders populär ist – die Fortsetzung unserer Anstrengungen bei der Entwicklungszusammenarbeit ist. Gerade diese positive Haltung erfordert aber eine selbstkritische Analyse unserer bisherigen Arbeit in diesem Bereich. Es geht insbesondere darum, deren Effizienz noch zu erhöhen und sie von allen ideologisch geprägten Überlegungen zu befreien. Es ist nicht zu verkennen, dass die Agitation einiger marxistischer Ideologen im Verein mit gewissen kirchlichen Kreisen der schweizerischen Ent-

Fortsetzung auf Seite 4



Der Freisinnige Zürcher Ständerat Riccardo Jagmetti (Mitte) in der kleinen Kammer im Gespräch mit Bundesrat Flavio Cotti (rechts) und dem Walliser CVP-Standesherr Daniel Lauber. (Foto rut)

Der Nationalitätenkonflikt in der UdSSR

# Verschärfung zu erwarten

Die zunehmenden Nationalitätenkonflikte in der Sowjetunion sind eine direkte Folge der Reformpolitik. Sie könnten – wie Auslandredaktor Jacques Baumgartner beurteilt – den Perestrojka genannten «Umbau» der sowjetischen Gesellschaft gefährden. Seine Haltung begründet er nachstehend:

«Was ist mit der Freundschaft der Völker in der Sowjetunion gemeint?» So lautet die Frage an Radio Eriwan. Und die Antwort aus der armenischen Hauptstadt: «Im Prinzip, wenn sich Armenier und Georgier zusammenschließen, um die Russen zu verprügeln.»

## Illusion der Völkergemeinschaft

Dieser alte Witz steht für die Illusion von der Sowjetunion als einer grossen, friedfertigen Völkergemeinschaft. Statt Armenier (Hayk) oder Georgier oder Aserbeidschaner (Azeris) könnte irgendeine der 59 grösseren und 33 kleineren ethnischen «Gruppen» stehen, die in den 15 Sowjetrepubliken, 20 Autonomen Republiken, 8 Autonomen Gebieten und 10 Nationalen Kreisen leben. Von den nahezu 285 Millionen Sowjetbürgern sind heute noch 146 Millionen Russen.

Der Ausbruch von Nationalitätenkonflikten war voraussehbar gewesen, seit Michail Gorbatschew vor dreieinhalb Jahren an die Macht gelangte. Die Heftigkeit der Auseinandersetzungen dürfte allerdings für die sowjetische Führung überraschend kommen. Das «Aufbegehren» gegen die Zentrale in Moskau – wobei diese bis anhin darauf verzichtete, wie früher mit eiserner Faust zu unterdrücken – war und ist unter den Bedingungen von Glasnost (Offenheit) und «Demokratisierung» der sowjetischen Gesellschaft möglich.

## Unterschiedliche Motive

Die Unruhen entspringen nicht demselben Motiv. In den baltischen Staaten – Estland, Lettland und Litauen – ist es in gewissem Sinne eine politische Diskussion, in Armenien und vor allem in Aserbeidschan hingegen regieren heute (wieder) niedrigste Instinkte, blanker Hass. Die Unruhen in diesen beiden transkaukasischen Republiken brachen im vergangenen Februar aus.

Vordergründig geht es um die Wiedereingliederung von Nagorni (Berg) Karabach. Der hundert Kilometer lange und 35 Kilometer breite Landstreifen – von den Armeniern als «unsere Schweiz» bezeichnet – wurde 1921 im Vertrag von Kars zwischen der Türkei und der Sowjetunion der Aserbeidschanischen Sozialistischen Sowjetrepublik zugeschlagen und 1923 zur «autonomen Region» erklärt.



Die Sowjetunion – ein Vielvölkerstaat

Eriwan wirft der Regierung in Baku vor, die 160 000 Armenier (Schafzüchter und Weinbauern) in der Enklave wirtschaftlich zu vernachlässigen. Armenien ist eines der ältesten christlichen Länder der Welt. Die Aserbeidschaner sind schiitische Moslems. Zur religiösen und kulturellen Komponente gesellt sich noch eine wirtschaftlich-soziale, indem die Armenier zwei bis dreimal mehr produzieren als die Aserbeidschaner.

## Nationalismus

Eigentlicher Auslöser der Unruhen war ein Gerücht gewesen, wonach Aserbeidschaner fünf Armenier in Nagorni Karabach ermordet hätten. Der Effekt der Empörung war, dass sich die armenische Bevölkerung mit den ethnischen Schwestern und Brüdern in der Nachbarrepublik solidarisierte.

Nun hat auch das ausgestreute Gerücht einen tieferen Hintergrund. Zentrales Anliegen der «Umbau»-Reform von Gorbatschew ist die Erhöhung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Sowjetunion. Aber Perestrojka und Glasnost sind auch Mittel im Kampf gegen die Korruption. Und einige der moralisch verdorbenen (kommunistischen) Parteien sind in jenen Republiken heimisch, in denen Nationalismus ganz ausgeprägt ist. Die dortigen Führungen – einige wurden bereits ausgewechselt – müssen um Posten, Privilegien und Pfründen bangen. Durch das Aus- und Hochspielen der ethnischen «Karte» wird Gorbatschew in die Defensive gedrängt.

## Baltische Staaten

Gäbe die Führung in Moskau den Armeniern in ihrem Kampf um Nagorni Karabach nach, so wäre das Problem nicht gelöst. Andere, unter Umständen die Gesamtheit des sowjetischen Staates weitaus mehr bedrohende zentrifugale Kräfte würden freigesetzt. Letztlich dürfte Gorbatschew umstrittenen Gebiete der «Zentrale» unterstellen müssen, um diese aus dem Feuer der nationalen Leidenschaften zu nehmen.

Anders gelagert ist das baltische Problem. Estland hat sich als der Wortführer, als der radikalste baltische Staat entpuppt. Die drei baltischen Staaten waren zwischen den beiden Weltkriegen unabhängig gewesen. Sie wurden 1940 im Rahmen des deutsch-

sowjetischen Nichtangriffspakts (1939) von der Sowjetunion annektriert. Heute erinnern sich die baltischen Staaten ihre Eigenständigkeit, der kurzen Zeit ihrer Unabhängigkeit und Souveränität. In der jetzt von Gorbatschew angestrebten Verfassungsreform sehen sie eine (weitere) Beschneidung der Rechte der Republiken. Die Esten, das estnische Parlament in Tallin (Reval) ging so weit, die Verfassungsänderung rundweg abzulehnen und zu erklären, man werde auf Souveränität hinarbeiten. Ausserdem behalte sich Estland das Recht vor, nur solche in Moskau verabschiedete Gesetze zu akzeptieren, die auch im estnischen Parlament eine Mehrheit finden. Diese Entscheidung des estnischen Parlaments wurde in Moskau als verfassungswidrig erklärt, denn wenn erst einmal jeder Teilstaat bestimmt, was für ihn gut und annehmbar ist, so bedeutete dies das Ende der (Sowjet-)Union.

Die Balten gehören zu den aktivsten Perestrojka-Befürwortern. Sie verbinden damit ihr Streben nach grösserer Selbständigkeit. Sie sehen diese nun durch die Verfassungsreform gefährdet, weil ihrer Ansicht nach dem zentralen Parlament in Moskau zu-

## Sozialistische Sowjetrepubliken

- Russische (Moskau)
- Ukrainische (Kiew)
- Bjelorussische (Minsk)
- Estnische (Tallin)
- Lettische (Riga)
- Litauische (Vilnius/Wilna)
- Moldauische (Kischinjaw)
- Armenische (Eriwan/Jerewan)
- Grusinische/Georgische (Tbilisi/Tiflis)
- Aserbeidschanische (Baku)
- Kasachische (Alma-Ata)
- Kirgisische (Frunse)
- Tadschikische (Duschanbe)
- Turkmenische (Aschchabad)
- Usbekische (Taschkent)

viel Macht eingeräumt wird, präzise dem Staatspräsidenten.

## Nicht mehr, sondern weniger Demokratie

An die Stelle des bisherigen Obersten Sowjets der Sowjetunion tritt neu ein Kongress der Volksdeputierten. Dieser ist allein für die Gesetzgebung verantwortlich und wählt auch den Exekutiv-Präsidenten (Gorbatschew). Dem Präsidenten wird das Recht «besonderer Machtbefugnisse» eingeräumt. Diese sind in der Verfassungsänderung mit «besonderen Formen der Verwaltung» umschrieben.

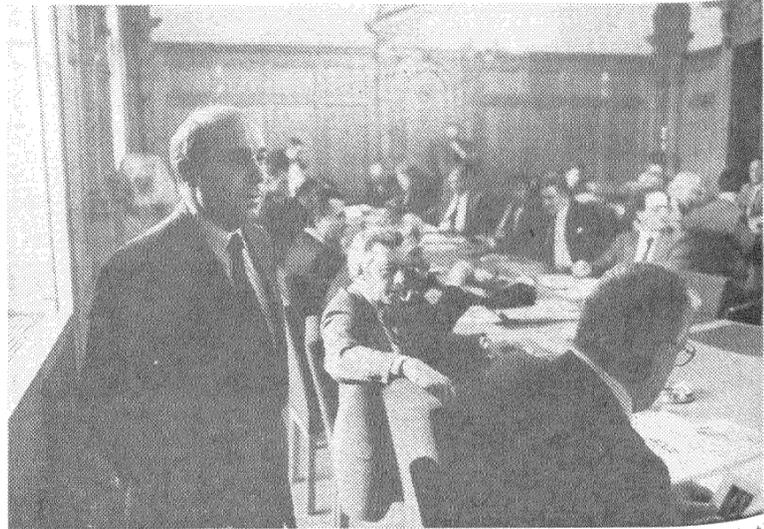
Für die Balten – und ihnen haben sich mittlerweile die Armenier und Georgier angeschlossen – heisst dies, dass die Reform nicht zu mehr, sondern zu weniger Demokratie führt. Es wird befürchtet, dass Souveränitätsbestrebungen von «oben her» auf der Grundlage der neuen Verfassungsänderung «legal und demokratisch» abgewürgt werden können.

Die auf Gorbatschew zugeschnittene Verfassungsänderung zeigt, dass auch er (im Interesse des Gesamtstaates) ein überzeugter Anhänger des Zentralismus, einer starken Zentralgewalt, ist. Gorbatschew will die Beziehungen zwischen der Sowjetunion als der übergeordneten Instanz und den Republiken «harmonisieren».

## Vierfrontenkampf

Die Frage ist, ob diese Harmonie mit mehr Unabhängigkeit für die Republiken verbunden ist. Wohl kaum, denn die Zentrale versteht darunter einen wirtschaftlichen, aber keinen politischen Freiheitsrahmen.

Die Nationalitätenkonflikte dürften sich verschärfen. Paradoxerweise werden sie von Befürwortern und Gegnern der Perestrojka geschürt. Gorbatschew führt eigentlich einen Vierfrontenkampf: Seinen Gegnern wäre



Der welsche Vizepräsident der FDP-Fraktion der Bundesversammlung, Nationalrat Claude Frey (Neuenburg), während einer Aussprache in der Fraktion. Neben ihm (sitzend, mit Pfeife): der die italienischsprachige Region unseres Landes vertretende Vizepräsident der FDP der Schweiz, Nationalrat Massimo Pini (Gerra Gamb.). (Photo ruti)

eine Verschärfung der Unruhen willkommen und folglich Perestrojka diskreditiert. Seine Anhänger wiederum unterstützen die nationalistischen Tendenzen, um ein rascheres Reformtempo zu erzwingen. Die «Reichs»-Russen provozieren Unruhen, um dann mit Gewalt die alte russische Dominanz und Herrschaft wiederherstellen zu können. Und auch Föderalisten stacheln die Völker an, um einen föderativen Staat zu erreichen.

Gorbatschew und seine Perestrojka sind derzeit auf dem Prüfstand. Die innenpolitische Bedrängnis dürfte Gorbatschew in den nächsten Wochen und Monaten drängen, sich ausserpolitisch zu profilieren und im Ausland Erfolge einzuheimsen.



## Zustimmung mit Ergänzungsvorschlägen

### FDP-Stellungnahme zur Revision der Militärorganisation

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) ist mit der vom Bundesrat vorgeschlagenen Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärorganisation (MO) sowie mit der vorgesehenen Totalrevision des Bundesgesetzes über die Offiziersausbildung grundsätzlich einverstanden. Begrüsst wird sowohl die vorgesehene Abschaffung des Hilfsdienst-Status als auch die beabsichtigte Einführung der differenzierten Einteilung. Nach Ansicht der Partei ist bei der MO-Anpassung dem wichtigen Aspekt des Schiesswesens ausser Dienst keine oder zu wenig Beachtung geschenkt worden, weshalb sie vorgeschlägt, einige weitere Bestimmungen des Gesetzes zusätzlich in die Revision mit einzubeziehen.

Sinnvoll und zweckdienlich erscheinen der FDP die Neuregelung der Inspektionen, die gesetzliche Verankerung des Rechtsschutzes in nicht vermögensrechtlichen Angelegenheiten des Militärdienstes sowie die grundsätzliche Regelung und damit die Kompetenzzerteilung zur Sicherheitsüberprüfung im militärischen Bereich. Hingegen wird der Kreis derjenigen, die eine Sicherheitsüberprüfung über sich ergehen lassen müssen, in der Vorlage zu weit und zu unbestimmt gefasst. Die Partei fordert deshalb entsprechende Einschränkungen und Präzisierungen.

Die Abschaffung des Hilfsdienstes ist für die FDP notwendig, zeitgemäss und sinnvoll, da die bisherige Regelung diskriminierend ist. Die vorgesehene Einführung der sogenannten Funktionstauglichkeit wird befürwortet. Insbesondere auch, dass im Interesse der Wehrgerechtigkeit und aus Gründen des Ausbildungsniveaus die siebenwöchige Rekrutenschule die Regel sein soll. Aus wirtschaftlichen Gründen spricht nach Ansicht der Partei grundsätzlich nichts gegen die vorgeschlagene Neuregelung der Inspektion. In der Praxis wird jedoch die Frage zu lösen sein, wie die gegenläufige Tendenz – mehr persönliche Bekleidung und Ausrüstung einerseits mit der Tatsache von weniger Inspektionen und damit weniger Kontrolle der Kriegsbereitschaft von Bekleidung und Ausrüstung andererseits – überbrückt werden soll.

Die geltenden Bestimmungen und die darauf abgestützte Praxis, wonach aus der

Wehrpflicht ausscheidende Wehrmänner das Sturmgewehr nicht zu Eigentum überlassen wird, weil diese Waffe vom Bundesrat als Leihwaffe bezeichnet wurde, widersprechen nach Ansicht der Partei der Bundesverfassung. Zudem berücksichtigen sie zu wenig die Belange des Schiesswesens ausser Dienst. Die FDP schlägt deshalb vor, neu in die MO folgende Bestimmung aufzunehmen: Wer seine Wehrpflicht erfüllt hat, behält seine Waffe und seine persönliche Ausrüstung bei seiner Entlassung als freies Eigentum.

## Gegen Vorleistungen

### FDP-Stellungnahme zur Erfindungspatente-Revision

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) pflichtet der Revision des Bundesgesetzes über Erfindungspatente unter gewissen Vorbehalten bei. Dies geht aus der Vernehmlassungsantwort der Partei hervor. Darin wendet sie sich gegen die vorgesehene Abweichung vom Grundsatz der nationalen Erschöpfung durch eine Ausdehnung auf eine regionale im Rahmen der EG/EFTA. Nach Ansicht der FDP besteht keinerlei Veranlassung für eine derartige Vorleistung der Schweiz. Ziel der Gesetzesrevision, die durch eine Motion von Nationalrat Felix Auer (fdp., Basel-Landschaft) ausgelöst wurde, ist eine Verbesserung des Schutzes von Erfindungen auf dem Gebiet der Mikrobiologie.

Der Ausdehnung des sogenannten derivierten Stoffschutzes auf das Vermehrungsgut lebender Organismen stimmt die FDP zu. Dieser Schritt bedeutet eine wesentliche Verbesserung des Patentschutzes für Erfindungen auf dem Gebiet der Biotechnologie. Da sich nach geltendem Recht der Schutz durch ein Verfahrenspatent nur auf die unmittelbaren Erzeugnisse des Verfahrens erstreckt, war es bisher zum Beispiel ohne weiteres möglich, eine nach einem in der Schweiz patentierten Verfahren hergestellte Zelle im patentfreien Ausland zu vermehren und das Gut danach ungehindert wieder in die Schweiz einzuführen und hier zu vermarkten. Der Patentinhaber wurde dadurch um die Früchte seiner Anstrengungen gebracht. Mit der vorgeschlagenen Gesetzesweiterung sollen derartige Praktiken vermieden werden.

## FDP für Weiterführung der Berggebietsförderung

### Stellungnahme im Vernehmlassungsverfahren

Für die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) stellt die Unterstützung der Sanierung von Wohnraum im Berggebiet eine wichtige Massnahme im zentralen Besiedlung dar. Sie befürwortet deshalb die Weiterführung des Bundesgesetzes über die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet auch nach 1990, wenn die geltende Regelung ausläuft. Dies geht aus der Vernehmlassungsantwort der Partei hervor.

Den vom Bundesrat vorgeschlagenen Anpassungen des Gesetzes an veränderte Verhältnisse pflichtet die FDP bei. Sie begrüsst sowohl die vorgesehene Neuformulierung der bisher ihrer Ansicht nach unklar gefassten und in der Praxis als überholt zu betrachtenden Definition der Bezugsberechtigten, ebenso die klare Abgrenzung des vorliegenden Gesetzes gegenüber dem Wohnbau- und Eigentumsförderungsgesetz des Bundes beziehungsweise entsprechenden kantonalen Wohnbaugesetzen. Die vorgesehene Ausdehnung des Geltungsbereichs erscheint der FDP zweckmässig und sinnvoll. Sie unterstützt ferner die Absicht des Bundesrates, keine Erhöhung der finanziellen Mittel vorzusehen.

Vor einem gewichtigen Entscheid

**NEAT – welche Variante?**

Gegenwärtig läuft das Vernehmlassungsverfahren zur Neuen Eisenbahn-Alpentransversalen (NEAT). «Der Freisinn» stellt die drei im Vordergrund stehenden Projekte durch drei freisinnige Nationalräte kurz vor und will damit einen Beitrag zur Meinungsbildung leisten. Die Stellungnahme der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) wird der Delegiertenrat der Partei Ende Januar beschliessen.

Für die Splügen-Variante plädiert nachstehend Nationalrat Titus Giger (Murg SG), während der Berner Volksvertreter François Loeb seine Präferenzen für einen

Lötschberg-Simplon-Ausbau erläutert. Als Anhänger der Gotthard-Variante nimmt Nationalrat Adriano Cavadini (Pregassona TI) Stellung.

**Cavadini: Darum Gotthard**

Die Autobahn, die Nordeuropa mit dem Süden verbindet, benützt die gleiche Strecke durch die Schweiz. Auf dieser wichtigen Transversale nimmt der Verkehr, insbesondere der Schwerverkehr, ständig zu. Die Verkehrszunahme bringt für die betroffenen Gebiete schwerwiegende Nachteile (Umweltverschmutzung und Lärmemissionen). Andererseits ist die Bahn nicht mehr konkurrenzfähig, insbesondere bezüglich Geschwindigkeit und Preis. Sie ist auch nicht in der Lage, zusätzlichen Verkehr zu verkraften, weil die Transportkapazität nicht weiter ausgedehnt werden kann.



Nationalrat Antonio Cavadini (Pregassona TI)

**Veraltete Bahnstrecke**

In technischer Hinsicht ist die Bahnstrecke veraltet; sie ist vor 110 Jahren gebaut worden. Die einzige Möglichkeit, die Linie effizienter zu gestalten, sind die Verwirklichung eines Basistunnels unter dem Gotthard und die Modernisierung bzw. Verbesserung der Zufahrtswege. Anzuführen ist, dass weder auf der Lötschberg-Simplon-Strecke, noch am Splügen bedeutende internationale Strassenverbindungen bestehen, die entlastet werden müssten. Der neue Gotthard-Basistunnel würde hingegen der Bahn erlauben, 70% des heutigen

Schwerverkehrs und 30–50% des künftigen Schwerverkehrs zu übernehmen.

Die europäischen Länder üben auf die Schweiz einen immer zunehmenden Druck wegen unserer 28-Tonnen-Limite für Lastwagen aus. Die Schweiz befindet sich somit in einer sehr heiklen Lage, nicht zuletzt, weil sie im Hinblick auf die Schaffung des EG-Binnenmarktes im Jahr 1992 auf sehr gute Beziehungen zu den EG-Ländern angewiesen ist. Die Wahl der Gotthard-Variante erlaubt rasche Entscheide, weil diese als einzige der verschiedenen zur Diskussion stehenden Möglichkeiten unabhängig vom Ausland getroffen werden kann. Verhandlungen mit Italien würden sich so erübrigen. Dies wäre hingegen unumgänglich bei der Wahl der Lötschberg-Simplon- oder der Splügen-Lösung. Daraus würden sich zwangsläufig Verspätungen in der Verwirklichung und finanzielle Schwierigkeiten ergeben, insbesondere wegen der katastrophalen finanziellen Lage der italienischen Staatskasse. Realistisch gesehen, ist es sehr

**Giger: Von der Sache her gesehen die Splügen-Variante**

Die neuste «Prognos»-Studie zum europäischen Güterverkehrsaufkommen besagt, dass das grenzüberschreitende Transportaufkommen im Jahre 2000 rund 40% über demjenigen des Jahres 1984 liegen wird, und zwar mit deutlichem Schwergewicht beim Strassengüterfernverkehr. Für die Schweiz lauten die Prognosen gleichermassen. Diesen Güteraus-tausch werden wir in einer freien Marktwirtschaft als Tatsache hinnehmen müssen.

Den stetig steigenden Strassengüterverkehr auf die Schiene zu bringen, ist nur mit einer Neuen Eisenbahntransversale möglich. Diese NEAT muss aber in jeder Beziehung derart attraktiv sein, dass es zu einer Entlastung der Strasse führt, damit die Umwelt weniger beansprucht und unsere Ressourcen geschont werden.

**Splügen schliesst Lücken**

Die Splügenbahn ermöglicht auf Grund ihrer geographischen Lage eine sinnvolle räumliche Auftei-

lung der internationalen Eisenbahntransitlinien. Eine Auffächerung der Verkehrsströme auf verschiedene leistungsfähige Achsen bedeutet mehr Sicherheit und mehr Effizienz im alpenquerenden Verkehr. Das internationale Verkehrssystem würde damit ei-

**Ideallösung**

Der Warenverkehr auf der Gotthardlinie ist bedeutend grösser als auf der Lötschberg-Simplon-Linie und auf der Splügen-Route. Auch der Personenverkehr zwischen Deutschland bzw. der Schweiz und dem Kanton Tessin bzw. der Lombardei ist beachtlich. Diese Elemente sind heute für die Rentabilität unserer Bahn von eminenter Bedeutung.

Im europäischen Bahnnetz stellt die Gotthard-Transversale die Ideallösung und gleichzeitig die Ergänzung der im Rahmen von «Bahn 2000» vorgesehenen Ost-West-Verbindung dar. Der Gotthard-Basistunnel würde die Fahrzeiten erheblich verkürzen. Für die Strecke Lugano-Zürich würden 1 Stunde und 15 Minuten (heute 3 Stunden) und für die Strecke Lugano-Basel ca. 2 Stunden (heute fast 4 Stunden) genügen.

**Auch politische Aspekte**

Die Gotthard-Lösung – die Basisinfrastruktur besteht schon – kann etappenweise realisiert werden. Der Gotthard-Basistunnel und der Monte-Ceneri-Basistunnel sind prioritär zu verwirklichen. Die Kosten beziffern sich auf 3,5 Milliarden Franken (2,9 für den Gotthard, 0,6 für den Monte Ceneri). Die in Chiasso bestehende Bahninfrastruktur ist effizient und gegenwärtig nur mit 60–70% ausgelastet. Keine andere Variante ist besser als die Gotthard-Lösung. Heute verkehren über Chiasso 9,5 Millionen Tonnen Waren, über Domodossola lediglich deren 1,8 Millionen. Es ist klar, dass einzig die Gotthard-Variante die Voraussetzungen für eine kommerziell interessante Schnellverbindung – der Handel hat sie übrigens schon gewählt – erfüllt. Der Warenverkehr innerhalb Europas wird weiter steigen. Dies wird voraussichtlich die Realisierung von anderen Verbindungen nötig machen. Es ist auch nicht auszuschliessen, dass andere Alpentransversalen gebaut oder verbessert werden müssen, um den zunehmenden Warenfluss zu verkraften. Auch darf aus staatspolitischen Gründen der Kanton Tessin nicht einfach übergangen und dürfen ihm nur die Nachteile der N 2 überbürdet werden. Ein Gotthard-Basistunnel für die Eisenbahn ist wohl auch im Interesse der Tessiner, in erster Linie der Schweiz und Europas.

nen tragenden Pfeiler erhalten. Es liesse sich vermeiden, dass sich der Verkehr auf der Gotthardachse – und insbesondere im Flachsenhals Chiasso – weiter ballt. Die Lücke im europäischen Verkehrssystem zwischen Brenner und Gotthard von 220 km könnte geschlossen werden. Nur dann wäre es überhaupt möglich, mittels Auflagen den Strassenschwerverkehr auf die Schiene zu bringen. Umwege bis zu 350 km, welche heute die 38-Tonnen-Fahrzeuge vom süddeutschen Raum über den Brenner machen müssen, könnten dadurch vermieden werden. Im Gegensatz dazu werden die Güter aus Regionen der BRD, die unmittelbar an der Gotthardroute liegen, bis zu über 80% mit der Bahn transportiert. Auf der Relation München-Mailand z. B. waren es 1986 nur gerade 26%.

Ohne Gegensteuer ist die Katastrophe auf unseren Strassen im Rheintal-San Bernardino vorprogrammiert. Das dürfte zwar weder die Anhänger des Gotthards noch des Lötschbergs interessieren. Die LKW warten im Norden und im Süden auf den Startrampen, bis die Autobahn Memmingen-Lindau (A 96) und die N 13 im St. Galler Rheintal und bei Chur-Ems fertig erstellt sind. Ohne ein entsprechendes Bahnangebot würde man längerfristig kaum darum herumkommen, die San-Bernardino-Route weiter auszubauen.

Die Splügenbahn ist für die Schweiz die kostengünstigste Lösung. Allen kritischen Bemerkungen der Gegner zum Trotz ist nicht einzusehen, warum sich die

Fortpflanzungsmedizin aus liberaler Sicht

**Einladung zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung der FDP der Schweiz**

Samstag, 28. Januar 1989, 10 Uhr 30, Kursaal, Baden AG

ab 10.00 Begrüssungskaffee

10.30 **Eröffnung** durch Parteipräsident Ständerat Dr. Bruno Hunziker**1. Teil Einleitende Kurzreferate****«Möglichkeiten der modernen Fortpflanzungsmedizin»**

Erklärung der neuen Techniken, Begriffserklärungen, medizinische Aspekte  
Referent: Pierre De Grandi, Prof. Dr. med., Chef du Service de gynécologie dans le département gynécologie-obstétrique, Lausanne

**«Moderne Fortpflanzungstechniken aus liberaler Sicht»**

Zulässigkeit der Methoden, Eingrenzungen (Paare, Indikationen), Leihmutterchaft

Referentin: Ursula Widmer, Bundesrichterin, Vitznau LU

**«Samenspende, Eizellspende, Embryospende: Probleme der heterologen Befruchtung»**

Zulässigkeit, Anonymität, Spenderkontrolle  
Referentin: Carmen Hatz-Stauffler, Kinderpsychologin, Riehen BL

**«Umgang mit menschlichen Keimzellen und Embryonen»**

Aufbewahrung, Selektion, Forschung, Handel  
Referentin: Stéphanie Mörikofer-Zwez, PD Dr. Biochemikerin, Kaiseraugst AG

**«Vorgeburtliche Erfassung von Erbkrankheiten und Gentherapie»**

Referent: Hansjakob Müller, Dr. med., Humangenetiker, Basel

**«Die Rechtsstellung des Embryos»**

Grundlagen, Verfügungsrecht, Einpflanzung nach dem Tod eines Elternteils

Referentin: Trix Heberlein, lic. iur., Kantonsrätin, Präsidentin Verein Zürcher Krankenhäuser, Zumikon

**«Fortpflanzungsmedizin im politischen Umfeld»**

Inklusive Krankenkassen-Probleme

Referentin: Lili Nabholz, Nationalrätin, Dr. iur., Rechtsanwältin, Präsidentin der Eidgenössischen Kommission für Frauenfragen

**2. Teil Gruppenarbeit zu den Themen**

Gruppe 1: Moderne Fortpflanzungsmedizin aus liberaler Sicht  
Gruppe 2: Samenzelle, Eispende, Embryospende, Probleme der heterologen Befruchtung

Gruppe 3: Umgang mit menschlichen Eizellen und Embryonen  
Gruppe 4: Vorgeburtliche Erfassung von Erbkrankheiten  
Gruppe 5: Die Rechtsstellung des Embryos

**3. Teil: Präsentation der Ergebnisse der Gruppenarbeiten****4. Teil: Diskussion im Plenum**

1. Votant: National- und Regierungsrat Philippe Pidoux, Chef des Departementes des Innern und der Gesundheit des Kantons Waadt

2. Votant: Regierungsrat Burkhard Vetsch, Vorsteher des Gesundheitsdepartementes des Kantons St. Gallen

ca. 15.15 Schluss der Tagung, Abschiedsapéro

Zur ausserordentlichen Delegiertenversammlung sind alle Parteimitglieder herzlich eingeladen. Detailprogramme und Anmeldeinfos können auf dem Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern, (031) 22 34 38, bezogen werden. (Den Delegierten und Ersatzdelegierten wird in diesen Tagen die Einladung zugestellt.)

**NEAT-Finanzierung mit Pensionskassengeldern?****Vorschlag von freisinniger Seite**

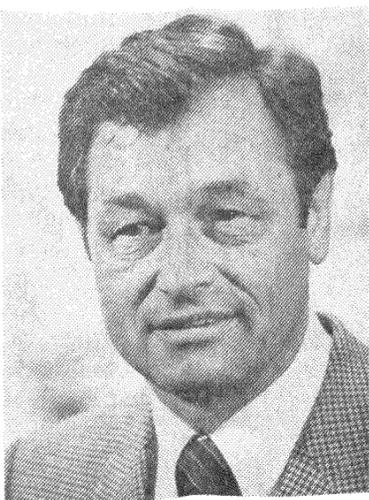
Die Neue Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) soll ganz oder teilweise über Anleihen mit Staatsgarantie aus Mitteln der zweiten Säule finanziert werden. Diesen Vorschlag macht in einem Vorstoss Nationalrat Jean-Pierre Bonny. Der Berner Freisinnige erhofft sich dadurch einerseits eine Verminderung des Anlagedruckes auf dem Bodenmarkt und andererseits eine bessere Liquidität des Bundeshaushaltes.

Seine Idee begründet Nationalrat Bonny damit, dass bei der zweiten Säule ein eigentlicher Anlagenotstand herrsche, der die Preise sowohl auf dem Immobilienmarkt wie auf dem Bodenmarkt massiv in die Höhe treibe. Diese Tendenz werde sich in Zukunft noch verstärken, da die Mittel der zweiten Säule weiter zunehmen werden und sicher angelegt werden müssten. Andererseits seien für die Finanzierung der NEAT in den nächsten Jahren Milliardenbeträge aufzuwenden, die die Liquidität des Bundeshaushaltes belasten, die nach heutigen Schätzungen in Zukunft im Vergleich zu heute beschränkter sein dürften. Mit Blick auf diese beiden Tatbestände will der Berner Freisinnige die Ausgaben für die NEAT über Anleihen mit Staatsgarantie finanzieren, die prioritär für Gelder, die aus der zweiten Säule stammen, reserviert sind.

interessierten Nachbarländer und mit ihnen die EG nicht an einem europäischen Bahnprojekt beteiligen sollen. Der stetig zunehmende Druck auf einen 40-Tonnen-Korridor für LKW stammt ja gerade von unseren Anrainerstaaten. Nur die Splügenbahn ist in der Lage, eine Brücke einzubauen zwischen zwei modernen Hochleistungsschnellbahnen in Deutschland und Italien. Ihr Lichtraumprofil ist so ausgelegt, dass auf dieser Achse sowohl der LKW-Transport in geschlossenen Waggons als auch die Beförderung von Doppelstock-Containern möglich wären. Dies reduziert die tägliche Zugzahl und erhöht die Kapazität bei gleicher Frequenz.

**Sachlich richtig – staatspolitisch klug**

Neben sachbezogenen Argumenten – es gibt deren noch mehr – gibt es aber auch staatspolitische Erwägungen, welche für eine NEAT im Osten der Schweiz



Nationalrat Titus Giger (FDP, SG)

sprechen – das *Ostalpenbahnversprechen*. Das Westalpenbahnversprechen ist mit dem Bau von Simplon und Lötschberg (1906 bzw. 1917) eingelöst worden. Im Osten warten wir immer noch auf eine alpenquerende Bahn. Dafür sind in den letzten Jahren an der Lötschberggrampe zusammen mit den projektierten Vorhaben 1 Milliarde Franken investiert worden (Ausbau auf Doppelspur, Verladeeinrichtungen, Verbilligung der Autotransporte, Tunnel Goppenstein-Gampel). Weitere Verlademöglichkeiten und drei neue Züge hat Bundesrat Adolf Ogi, dessen Herz verständlicherweise für den Lötschberg sehr heftig schlägt – zugesichert. Das damals für Schlagzeilen sorgende Furkaloch, das eine wesentlich bessere und wintersichere Erschliessung des Wallis gebracht hat, ist bei diesen Kosten nicht enthalten. Was diese gewaltige Summe für ein Arbeitsvolumen in der Region ausgelöst und zu einer besseren Verkehrserschliessung des Wallis beigetragen hat, sei nur am Rande vermerkt.

Dass die Gotthardanhänger uns Ostschweizer mit der Ypsilon-Variante gerne ködern, liegt

auf der Hand. Ohne auf diese Variante näher einzutreten, bin ich der Auffassung, dass sie für uns nur eine Prolongierung des Ostalpenbahnversprechens bedeuten würde – wiederum im Nichts aufernd.

Persönlich bin ich auch überzeugt, dass *Bundesrat* und *Parlament* bei Abwägung aller Vor- und Nachteile der heute zur Diskussion stehenden Alpentransversalen-Projekte, und unter Berücksichtigung der Haltung in den benachbarten Staaten, diesmal die schwergewichtigen Gründe nicht übersehen können, welche für die Splügenbahn sprechen. Sollte der Linienentscheid nicht zugunsten des Splügen ausfallen, so wäre dies ein rein *politischer Entscheid* und nicht von der Sache her, also verkehrspolitisch begründet.

Wenn wir heute bei der NEAT von einem *Jahrhundertwerk* sprechen – so würde ich dies im *Falle des Splügentunnels* unterschreiben – bei allen andern Varianten jedoch nicht. Wir sollten uns nicht auf ausgefahrenen Geleisen bewegen, sondern Mut und Pioniergeist zeigen, wie es uns die Gotthardbauer vor 130 Jahren vorgelebt haben.

### Loeb: Simplon-Lötschberg, die vernünftige Lösung

Mit der Ausarbeitung der 4 Varianten (Lötschberg / Simplon, Gotthard, Splügen und Ypsilon) einer neuen Eisenbahn-Alpentransversale (NEAT) ist die unabhängige Grundlage für sachliche politische Entscheide geschaffen worden.

Fortsetzung von Seite 1

wicklungszusammenarbeit mehr geschadet als genützt hat.

#### Disponibel bleiben

Bei der Disponibilität geht es vor allem um die Bereitschaft, in schwierigen Situationen – denken wir etwa an das Verhältnis zwischen den USA und Iran – bereit zu sein, Gute Dienste zu leisten. Ein Bekannter von mir, der Flugkapitän ist und sich fälschlicherweise als apolitischen Kopf bezeichnet, hat die Rolle unseres Landes einmal mit einem geradezu genialen Vergleich aus der Aviatik verbildlicht: Früher hätte er zu seinem Leidwesen mit Charterflügen die gefährliche und ungeliebte Landepiste auf Madeira anfliegen müssen. Heute sei er auf den Linienflügen nach Südamerika froh zu wissen, dass über den riesigen Weiten des Atlantiks als Notlösung sich dieser Flughafen anbieten würde. Es ist sehr erfreulich, dass sich auch nach dem Uno-Entscheid für unser Land mehrfach Gelegenheit bot, solche neue Aufgaben zu übernehmen.

Die Schweiz hat zweifellos eine Transitverpflichtung in Europa. Mit einer NEAT wird langfristig eine *genügende Eisenbahn-Güterverkehrskapazität* sichergestellt. Sie ermöglicht als *rollende Landstrasse* den Transport der schweren Lastenzüge, die auf dem schweizerischen Strassennetz nicht zugelassen sind, und sie *verbindet im Personenverkehr das in Europa neu entstehende Eisenbahnnetz*, welches kürzere Reisezeiten ermöglicht. Wenn es nun gelingt, die Transitverkehrsstrecken gleichzeitig in den Dienst innerschweizerischer Bedürfnisse zu stellen und den von Verkehrsauswirkungen Betroffenen auch Vorteile anzubieten, stellt die NEAT abermals, wie «Bahn 2000», eine Chance dar.

Die NEAT-Entscheidung wird auf Grund staatspolitischer, finanzieller, realisationszeitlicher und Landverbrauchskriterien getroffen werden müssen.

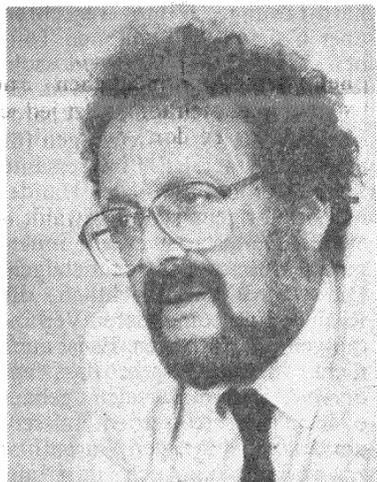
#### Acht überzeugende Vorteile

Die Variante Lötschberg-Simplon weist dabei folgende Vorteile auf:

1. Die Alpentransversale Lötschberg-Simplon kann zwischen Basel und Thun vom Konzept «Bahn 2000» profitieren. Sie wird die Distanz zwischen Basel und Norditalien um rund 50 km verkürzen.
2. Die Etappierung der Lötschberg-Simplon-Alpentransversale ist sehr differenziert mög-

lich. Ein betriebsfähiges System mit einem kürzeren Lötschberg-Basistunnel (etwa 28 km) und abgesenkten Simplontunneln lässt sich mit wenig mehr als 2 Milliarden Franken unter Einbezug von «Bahn 2000» von Landesgrenze zu Landesgrenze bauen.

3. Der Lötschberg-Basistunnel kann die geforderte hochwertige Autoverladeverbindung zwischen



Nationalrat François Loeb (FDP, BE)

den Nationalstrassen N 8 im Raume Spiez und N 9 im Rhonetal übernehmen und scheint damit die einzig politisch machbare Nationalstrassenverbindung als Rawil-Ersatz zu sein.

4. Die Lötschberg-Simplon-Alpentransversale erhöht die Ka-

pazität nach dem Süden, sowohl für die Westschweiz und Frankreich (inkl. Achse Delle-Boncourt) als auch für die Gebiete im Norden Europas, die Britischen Inseln eingeschlossen, und sichert so dieser Variante doppelte Bedeutung.

5. Ein Lötschberg-Basistunnel erlaubt eine bessere innerschweizerische Erschliessung des Kantons Wallis, indem er dieser Region gleichzeitig spektakuläre Fahrzeitverkürzungen bringt.

6. Die Lötschberg-Simplon-Alpentransversale bringt die gleichzeitig vielseitigsten Nutzungsmöglichkeiten auf Schweizer Gebiet. Selbst wenn die der NEAT-Studie zugrundegelegten Prognosen nicht eintreten, erlaubt das breite Nutzungsspektrum eine gesicherte wirtschaftliche Rentabilität.

7. Die Lötschberg-Simplon-Alpentransversale ist bezüglich Kosten (25% weniger als Gotthard), Landverschleiss (dank Abstützung auf «Bahn 2000» nur ¼ der für Gotthard-Variante notwendigen Landflächen) und Bauzeit (15% kürzere Realisationszeit) sehr günstig.

8. Die Abnahme des Verkehrs in Italien ist bei der Lötschberg-Simplon-Variante auch nach Turin-Genua möglich. Der Flaschenhals Mailand könnte umfahren werden.

Die aufgeführten Vorteile, aber insbesondere die staatspolitische

Verteilung der Infrastrukturinvestitionen auf die wirtschaftlich eher schwächeren Gebiete der Schweiz (Verkehrswege waren seit jeher der beste Garant für wirtschaftliche Prosperität) führen mich zu einem überzeugten Ja für die Lötschberg-Simplon-Variante.

#### Noch wenige Exemplare

Von den beliebten FDP-Sportjassen haben wir in der Grösse S noch einige wenige Exemplare. Wir geben sie deshalb vergünstigt zu Fr. 50.- ab! Die FDP-Sportjacke gibt warm, hat abnehmbare Ärmel und kann darum auch als Gilet getragen werden. Zwei grosse Aussen-taschen und eine Innentasche machen sie praktisch. Die Jacke lässt sich problemlos in der Waschmaschine waschen.

Ich bestelle... Sportjacke(n), Grösse S, Fr. 50.- (plus Porto und Verpackung).

Name \_\_\_\_\_  
Vorname \_\_\_\_\_  
Strasse \_\_\_\_\_  
PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Talon einsenden an FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

# Die wilde Glut der Tropen. Von La Paz.



Temperamentvolle Kostbarkeiten aus sonnigen Plantagen. Von Rauheit und Reinheit der Natur zugleich. Und doch harmonisch mild. Das sind die im Aroma leicht süsslichen Wilden Cigarillos Brazil Type von La Paz. Aus echten Brasil-Tabaken, umhüllt mit einem Mata-Fina-Deckblatt aus Bahia. Und dem typischen Büschel am Brandende, das ihr wahres Inneres zeigt. So, wie die Natur sie geschaffen hat. Ohne Make-up. Und darum gut.

Klein genug für jede Gelegenheit, gross genug für wirklichen Genuss. Wilde Cigarillos Brazil Type mit dem Siegel von La Paz sind eben etwas Besonderes.

Sie werden für Geniesser gemacht, die den Unterschied erkennen.

Zur Diskussion um die Fortpflanzungsmedizin

## Für liberale Regelung

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) hat an einer Pressekonferenz ihre Vorstellungen zur Fortpflanzungsmedizin erläutert. Eine Zusammenfassung über die freisinnigen Überlegungen wurde in der letzten «Freisinn»-Ausgabe veröffentlicht. Nachstehend einige grundsätzliche Anmerkungen, wie sie von der Vizepräsidentin der FDP der Schweiz, Nationalrätin Susi Eppenberger (Nesslau SG), an der Pressekonferenz vorgetragen wurden:

In der Fortpflanzungsmedizin wie auch in der Gentechnologie zeichnen sich seit einigen Jahren grosse Entwicklungen ab. Davon werden Grundlagen menschlicher Existenz direkt berührt, weshalb sich Fragen ethischer und moralischer Art stellen, die von unserer Gesellschaft beantwortet werden müssen. Insbesondere sind Regelungen zu finden für die Zulässigkeit künstlicher Zeugung im allgemeinen, die Konservierung und Verwendung überzähliger Embryonen, die Forschung an und mit solchen sowie die Frage der Anonymität von Samen Spendern bzw. Eizellspenderinnen. Ebenso rufen Stichworte wie beispielsweise Leihmutterschaft, Handel mit Embryonen, Veränderungen menschlichen Erbgutes nach einer Regelung.

### Liberaler Herausforderer

Auf politischer Ebene wurde das Thema mit der Einreichung der Initiative «gegen Missbräuche der Fortpflanzungs- und Gentechnologie beim Menschen» – der sogenannten Beobachter-Initiative – aktuell. Die FDP der Schweiz hat das Problem früh erkannt: Als liberale Partei fühle sie sich durch den Themenbereich herausgefordert. Bereits im Sommer 1986 stellte die Partei fest, dass sie einerseits über wenige Aussagen zu diesem Fragenkomplex verfügt und andererseits ein erklärter Regelungsbedarf vorhanden ist, wobei sie damals die Frage noch offen liess, ob die bestehende Lücke mit einer staatlichen Ordnung oder auf einer anderen Ebene geschlossen werden kann. In einer ersten Phase konnte die Partei mit den von der Schweizerischen Akademie der medizinischen Wissenschaften aufgestellten Richtlinien einig gehen. Da sich die Partei aber, wie erwähnt, der Notwendigkeit einer fundierten Stellungnahme bewusst war, setzte sie eine Ad-hoc-Arbeitsgruppe ein, die von Frau Dr. Stéphanie Mörikofer-Zweck präsidiert wurde.

### FDP-Stellungnahme unerlässlich

Die Notwendigkeit einer fundierten Stellungnahme ergibt sich vor allem aus der gegenwärtigen politischen Entwicklung im Zusammenhang mit der Regelung der Fortpflanzungsmedizin: Einerseits gibt die sehr unterschiedliche Regelung dieses Bereichs in einzelnen Kantonen zu Besorgnis Anlass, andererseits fordern die Beurteilung der erwähnten «Beobachter-Initiative», wie aber auch die jüngst von der Arbeitsgruppe Amstad vorgeschlagenen Empfehlungen eine intensive Ausein-



andersetzung mit diesem Thema. Weil die «Beobachter-Initiative» zudem sehr eng gefasst ist und nur einen Teil der sich stellenden Probleme tangiert, beauftragte die Geschäftsleitung der Partei die Arbeitsgruppe mit einer umfassenden Stellungnahme.

Erste Abklärungen ergaben jedoch, dass es nicht möglich sein würde, innerhalb der von der Parteileitung gesetzten Frist –

*Die FDP-Stellungnahme zur Fortpflanzungsmedizin sowie die Referate an der Pressekonferenz werden zusammen mit einem Anhang, der Begriffe erläutert, in einer Nummer der von der FDP der Schweiz herausgegebenen Vierteljahresschrift «Politische Rundschau» veröffentlicht. Nichtabonnenten können dieses nach Mitte Dezember erscheinende Heft mit untenstehendem Talon bestellen.*

nämlich möglichst noch in diesem Jahr – die beiden Themenbereiche Fortpflanzungsmedizin und Gentechnologie mit der nötigen Sorgfalt zu bearbeiten. Im Hinblick auf die politischen Prioritäten, welche durch die anstehende Behandlung der «Beobachter-Initiative» gegeben sind, legt die Partei vorerst nur eine Stellungnahme zum Thema Fortpflanzungsmedizin vor. Diese wurde vom Delegiertenrat der Partei Ende Oktober einstimmig gutgeheissen. Die Arbeitsgruppe hat sich inzwischen dem Themenkreis Gentechnologie angenommen. Die Parteileitung hofft, dass die Arbeitsgruppe bis Ende nächsten Jahres ihre Überlegungen zur Gentechnologie vorlegen kann.

### Grundsatzüberlegungen

Zu den Grundsatzüberlegungen zur Fortpflanzungsmedizin aus freisinniger Sicht: Ausgangspunkt sind in erster Linie die be-

troffenen einzelnen Menschen, d. h. die kinderlosen Männer und Frauen, die kinderlosen Paare, aber auch das Kind, das nach einer erfolgreichen künstlichen Insemination oder In-vitro-Fertilisation geboren wird. Kinderlosigkeit ist jedoch für betroffene Paare oft ein schweres Problem, und der starke Leidensdruck kann zu psychischen Erkrankungen führen. Die Methoden der künstlichen Fortpflanzung können in vielen Fällen (nicht immer) dort zu einem Kind verhelfen, wo die herkömmlichen Methoden versagen. Sie stellen damit für die betroffenen Paare eine echte und wichtige Hilfe dar.

### Taugliche Grundlage

Die Tatsache, dass der Umgang mit der eigenen Kinderlosigkeit ein individuelles Problem darstellt, heisst allerdings nicht, dass auf eine Regelung der Fortpflanzungsmedizin völlig verzichtet werden kann: Einerseits erfordert die Rücksichtnahme auf die Interessen des Kindes gewisse gesetzliche Vorschriften, andererseits muss einem Missbrauch der vorhandenen Möglichkeiten entgegengetreten werden. Eine gesetzliche Regelung darf aber die Selbstbestimmung der betroffenen Paare nicht ohne zwingenden Grund einschränken. Die von Eigenverantwortung getragene Freiheit des Einzelnen, sein Leben nach eigenem Willen zu gestalten, hat ihren Platz auch und gerade im privaten Bereich der Fortpflanzung. Grenzen sind nur dort zu setzen, wo Dritte – und das heisst im Zusammenhang mit Fortpflanzung vor allem das Kind – in ihren eigenen Rechten beeinträchtigt werden. Der vorliegende Vorschlag für eine Regelung der Fortpflanzungsmedizin geht strikte von diesen Grundsätzen aus. Er gibt den Betroffenen den grösstmöglichen Entscheidungsspielraum, setzt jedoch klare Grenzen dort, wo die Rech-

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz verpflichtet sich als grösste Partei des Landes dem liberalen Gedankengut. Sie weiss um die hohe Bedeutung des ständigen Kontaktes mit ihren Mitgliedern, der Öffentlichkeit und dem politischen Umfeld und pflegt deshalb die Kommunikation, zielgruppenspezifisch und professionell.

Im Zuge der Neubesetzung der Position

## Pressechefin/Pressechef

bieten wir Ihnen ein faszinierendes Betätigungsfeld: Beruflich erfahren im

## PR-Bereich/Journalismus

redigieren Sie den Pressedienst, die monatlich erscheinende Parteizeitung «Der Freisinn» und die Vierteljahresschrift «Politische Rundschau», organisieren Sie Pressekonferenzen, betreuen Sie Medienvertreter an Partei- und Fraktionsanlässen, engagieren Sie sich persönlich bei eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen und beraten Sie fachlich kompetent und menschlich überzeugend Partei- und Fraktionsgremien in medienpolitischen Belangen.

Und übrigens: das «politische Bern» hat seinen besonderen Reiz – eine echte Herausforderung!

Ich freue mich auf Ihre Kontaktnahme. Schreiben Sie mir kurz oder rufen Sie mich in einem ruhigen Augenblick an, für ein erstes absolut vertrauliches Gespräch, Telefon (031) 22 34 38. Ich nehme mir gerne Zeit für Sie.

Christian Kauter  
Generalsekretär  
FDP der Schweiz  
Postfach 2642  
3001 Bern



Freisinnig-Demokratische Partei

te des Kindes bzw. der Allgemeinheit tangiert werden.

Der Vorschlag ist damit nach Auffassung der FDP der Schweiz eine taugliche Grundlage für die politische Diskussion, die nun stattzufinden hat. Die Geschäftsleitung der Partei hat deshalb auch beschlossen, dieses Thema an einer ausserordentlichen Delegiertenversammlung Ende Januar des kommenden Jahres im grösseren Kreis zu erörtern und so einen Beitrag zur Meinungsbildung zu leisten.

### Seminar der freisinnigen Frauen

## Einführung ins journalistische Handwerk

Am diesjährigen Weiterbildungsseminar der Schweizerischen Vereinigung freisinniger Frauen (SVFF) führten vier erfahrene NZZ-Mitarbeiter die Präsidentinnen von Frauengruppen und Mandatsträgerinnen in die Routine der Pressearbeit ein.

Das Seminar fand in Zürich statt und wurde organisiert von der Kommission für Information und Presse und der Leiterin der Kommission für politische Bildung, Anita Calonder-Gerster.

Das abfassen wirksamer Pressetexte ist Übungssache: wirkungsvolle Pressetexte sind solche, die in einer Zeitung gedruckt werden und den Lesern in weder zu knapper noch zu ausführlicher Form alle wichtigen Informationen in einem flüssigen und leserfreundlichen Stil bekanntgeben.

Die NZZ-Redaktoren Lilli Binzegger, Susanne Sorg, Thomas Häberling und Andreas Honegger stellten schlechte wie auch gute Berichterstattungen einander gegenüber: die Experten hatten z. T. Nebelspalterreife Beispiele verfasst, aus denen zur allgemeinen Heiterkeit klar hervorging, was bei einem Bericht zu vermeiden ist und worauf zu achten ist. Mittels eines Referates wurde in die Grundregeln für Pressetexte eingeführt und diese hernach an praktischen Beispielen geübt.

### Terminkalender 1989 der FDP der Schweiz

Monat	Tag	Veranstaltung
Januar	27.	Delegiertenrat
	28.	a. o. Delegiertenversammlung in Baden
Februar	31.1./1.2.	Sondersession
	27.2. bis 17.3.	Session
März	27.2. bis 17.3.	Session
	5.	keine Eidgenössische Volksabstimmung
April	31.	Delegiertenrat (in Neuenburg)
	31.3./1.4.	Delegiertenversammlung/Parteitag (in Neuenburg)
Juni	31.3./1.4.	Delegiertenversammlung/Parteitag (in Neuenburg)
	5. bis 23.6.	Session
September	4.	Eidgenössische Volksabstimmung
	23.	Delegiertenrat
Oktober	18.9. bis 6.10.	Session
	20.	Delegiertenrat
November	21.	a. o. Delegiertenversammlung (in Bern)
	24.	Eidgenössische Volksabstimmung
Dezember	18.9. bis 6.10.	Session
	20.	Delegiertenrat
Dezember	21.	a. o. Delegiertenversammlung (in Bern)
	27.11. bis 15.12.	Session
Dezember	26.	Eidgenössische Volksabstimmung
	6.	Vereinigte Bundesversammlung

### Ausgleichsbeiträge des Bundes für schützenswerte Landschaften?

«Ist der Bundesrat gewillt, raschmöglichst eine Gesetzesvorlage zu unterbreiten, damit der Bund angemessene Ausgleichsbeiträge zur Erhaltung und Unterschutzstellung von schützenswerten Landschaften nationaler und überregionaler Bedeutung – in Berücksichtigung der Finanzkraft der berührten Kantone und Gemeinden – leisten kann?» Diese Frage stellt in einer Interpellation Ständerat René Rhinow. Der freisinnige Baselbieter begründet seinen Vorstoss damit, dass sich die Idee immer

mehr durchsetze, den Verzicht auf die wirtschaftliche Nutzung oder Übernutzung schützenswerter Landschaften nicht nur durch staatliche Verbote, sondern auch durch Vereinbarungen und finanzielle Anreize bzw. Abgeltung zu fördern. Ständerat Rhinow will vom Bundesrat weiter wissen, ob dieser die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage noch im Rahmen der laufenden Revision des Gewässerschutzgesetzes für zweckmässig erachte.

Garten- und Landschaftsarchitekten, Erdbauingenieure



Wir planen, bauen, sanieren und pflegen auch Ihren Garten für Ihre sympathische Umwelt

Spross Ga-La-Bau AG Zürich  
Garten- und Landschaftsbau 01-4 62 62 62

Ich bestelle \_\_\_\_\_ Ex. «Politische Rundschau»: Fortpflanzungsmedizin zum Preis von je Fr. 5.--

Name, Vorname \_\_\_\_\_

Strasse \_\_\_\_\_

PLZ, Ort \_\_\_\_\_

Datum, Unterschrift \_\_\_\_\_

Bitte einsenden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern



Andy Steiner

Manchmal hat man den Eindruck, Diskretion ist für diese Bank nicht einmal ein Gesprächsthema.

Es gibt Dinge, über die wir nicht sprechen müssen. Sie werden von unseren privaten und institutionellen Kunden als Selbstverständlichkeit vorausgesetzt. Vielmehr sind alle Leistungen Gesprächsthema, die man selbstverständlich nicht von jeder Bank erwarten kann. Darüber reden wir gerne mit Ihnen.

**BANK VONTOBEL**  
Zürich

**persönlich – professionell**  
Bank J. Vontobel & Co. AG,  
Bahnhofstrasse 3, CH-8022 Zürich,  
Schweiz, Tel. 01 488 7111.  
Vontobel USA Inc.,  
450 Park Avenue, New York, N.Y.  
10022, USA, Tel. (212) 415-7000.

**SKA-Anlage-Service plus**



**Überblick.**  
Mit dem SKA-Anlage-Service plus.

Als privater oder institutioneller Anleger können Sie vom SKA-Anlage-Service plus Mehrleistungen erwarten: mehr persönliche Beratung, mehr Engagement, mehr internationale Präsenz und MEHR ÜBERBLICK DURCH MEHR INFORMATION. Dieses Plus an Leistung zeichnen wir mit der Pyramide aus, dem Symbol für das Streben nach Höherem, für Stabilität, Sicherheit und Wissen.

Mehr Überblick garantieren zum Beispiel unsere direkten Verbindungen zu allen wichtigen Finanzplätzen der Welt. Zu Spezialisten an allen Börsen. Und zu Partnern wie der Credit Suisse First Boston. Überblick verschaffen Ihnen Ihr persönlicher Berater und das professionelle Management. Nicht zuletzt dank unserem Informationssystem Credit Suisse on line, das Sie mit Informationen über Ihre Anlagen und mit Finanz- und Wirtschaftsdaten aus der ganzen Welt versorgt. Durch diesen Überblick treffen Sie Ihre Entscheide mit der Sicherheit fundierter und vollständiger Information.



**FEDERN**  
in jeder Grösse für jede Verwendung  
BAUMANN + CIE AG  
Federfabrik  
CH - 8630 Rüttli  
Tel. 055/84 11 11



**Ihr Ferienverbesserer**

Die Entstehung des freisinnigen Sportausschusses in der Stadt Bern

## Prompte Reaktion auf Vorwürfe

Gründung und Aufbau des Sportausschusses der FDP der Stadt Bern erläutert Jürg W. Steiger:

Zu Beginn der Amtszeit von Klaus Zeller als Präsident der FDP der Stadt Bern erschien 1971 im «Sport» ein Artikel von Chefredaktor Walter Lutz. In diesem Beitrag warf Lutz im Zusammenhang mit politischen Vorlagen (Einführung des Lehrlingsturnens, Ausbau von Magglingen usw.) den politischen Parteien vor, sich nicht oder viel zu wenig um den Sport zu kümmern.

Die Reaktion des Präsidenten war schnell: Klaus Zeller schrieb an Lutz, dass unsere Stadtpartei

nente Mitglieder aus verschiedenen Sportarten wie K. Glatthard, Walter Frieden, Fritz Hess, Peter Lanz, Sisto Salera, Peter Stamm, Karl Weidmann, André Widmer usw. Sofort waren viele und die wichtigsten Sportarten vertreten. Die ersten Ausschusssitzungen präsiidierte K. Zeller selber, bis sich dann Dr. Max Beer bereit fand, den Vorsitz des Ausschusses zu übernehmen.

### Ziele

Wir haben (vielleicht zu Unrecht) wenig Zeit aufgewendet, um generell die Ziele des Ausschusses zu diskutieren, zu definieren. Natürlich war ein Ziel, die Partei, vor allem die Stadtratsfraktion, in Sportfragen der Gemeinde zu unterstützen. Ein weiteres Ziel ergab sich auch dadurch, dass man bei bevorstehenden Wahlen zeigen und beweisen wollte, dass sich die FDP der Stadt Bern eben – entgegen anderslautenden Aussagen – um den Sport kümmert und sich Sportfragen annimmt. Die eigentlichen Ziele waren vor allem praktischer Art: Aus vielen verschiedenen Sportarten kamen Anliegen, die vor allem den Bau von Sportanlagen, Hallen, Bädern usw. betrafen, aber auch Gaswerkareal, Ka-We-De, Neufeld-Kunststoffbahn, Schwimmhalle Marzili, Turnerstadion Wankdorf usw. usw.

### Arbeiten

Regelmässige Sitzungen des Ausschusses (die leider manchmal schlecht besucht waren) befassten sich mit den Sportproblemen der Gemeinde. Wichtig schien uns, dass wir uns neben den Sorgen der «grossen» Sportarten (Fussball, Handball, Leichtathletik, Schwimmen usw.) auch um «kleinere» Gruppen zu kümmern begannen (Boccia oder Rollhockey als Beispiele). Es liegt in der Natur der Sache, dass die Arbeiten manchmal schwungvoller verliefen, manchmal aber auch fast versandeten, je nachdem, wieviel Elan der jeweilige Präsident aufzubringen vermochte. Hinzu kamen etwa Anfragen der Partei oder der Fraktion, die man zu beraten hatte.

### Wirkungen

Wenn wir so zurückdenken, wurde doch einiges erreicht. Die Kunststoffbahn Neufeld oder die gedeckte Anlage für die Bocciaspieler hatten ihren Ursprung im FDP-Sportausschuss. Dank unseren Arbeiten ergab sich auch eine gute Zusammenarbeit mit der Stadtbernischen Vereinigung für Sport, und so konnte öfters gemeinsam mit dieser unpolitischen Organisation etwas angestrebt werden. Natürlich nahm der Ausschuss auch Einfluss auf die sportpolitischen Bauvorhaben in der Gemeinde: Neufeld, Wankdorf, Allmend, Ka-We-De, Gaswerkareal, Sportanlagen Weissenstein, ZLS usw. Einen gewissen Einfluss hatte die Arbeit ja auch auf das Sportamt der Stadt Bern, war doch Gerhard Scheidegger, Leiter des Sportamts, Mitglied des Ausschusses – also auch Wirkungen auf die Verwaltung.

Beinahe vergessen hätten wir die Bodenweid, die ja auch lange zu einem Thema gehörte und schliesslich saniert werden konnte, oder die Modernisierung der Turnhalle Brunnmatt (Kunstturnerzentrum).

### Fazit

Die Arbeit im Sportausschuss hat sich gelohnt. Sicher waren wir nicht vollkommen. Zu viele Mit-

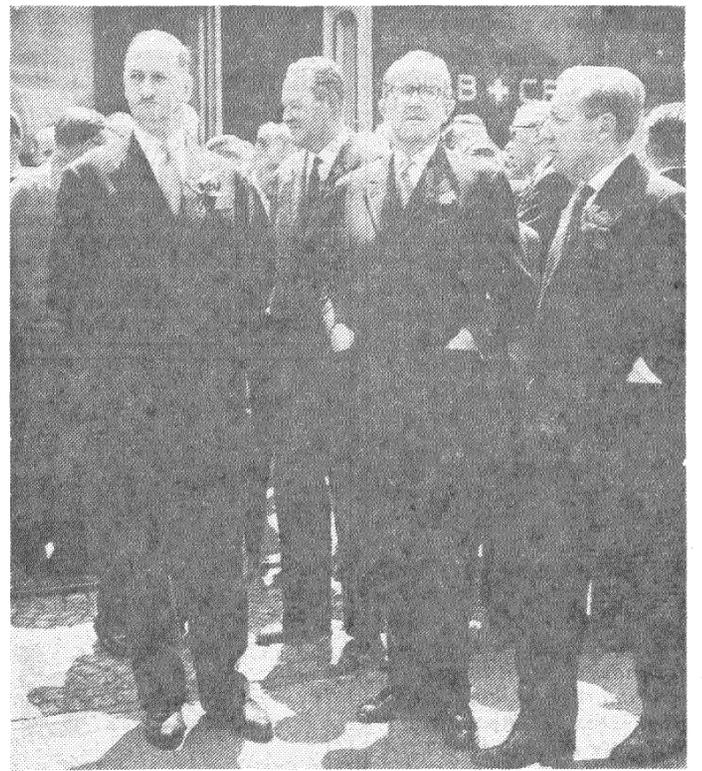
## Zum 80. Geburtstag von alt Bundesrat Schaffner

*Im Vollbesitz seiner geistigen Kräfte, das zeitgeschichtliche Geschehen mit der ihm eigenen Gelassenheit betrachtend, vollendet alt Bundesrat Dr. h.c. Hans Schaffner am 16. Dezember sein 80. Lebensjahr. Nach mehr als dreissigjähriger Tätigkeit im Dienste des Bundes ist er Ende 1969, 61jährig, aus dem Bundesrat ausgeschieden. Bis zum letzten Tag seiner Zugehörigkeit zur Landesregierung stand er den Räten ungenügend sachkundig und oft genug mit sprühendem Witz Rede und Antwort, von seinen Kollegen und hochqualifizierten Mitarbeitern unbestritten als Meister anerkannt. Seine wirtschaftlichen Kenntnisse waren einzigartig und weltweit. Es konnte denn auch nicht ausbleiben, dass sein Rat gefragt war und er nach dem Rücktritt von führenden Unternehmungen der chemischen und der Maschinenindustrie mit verantwortungsvollen Aufgaben betraut wurde, aber auch international seine Fähigkeiten zur Verfügung stellte.*

*Nach höchst erfolgreich abgeschlossenem juristischem Studium war der Jubilar kurze Zeit im Obergericht des Kantons Bern, anschliessend beim bernischen Handels- und Industrieverein tätig, dann im Bundesamt für Industrie, Gewerbe und Arbeit – noch unter Bundesrat Obrecht in der Vorbereitung der Kriegswirtschaft – und von 1941 an unter Bundesrat Stampfli als Chef der Zentralstelle für Kriegswirtschaft der eigentliche Koordinator der für unsere Landesversorgung und Vollbeschäftigung massgeblichen kriegswirtschaftlichen Ämter.*

*Nach dem Kriegsende berief Bundesrat Stampfli den noch nicht Vierzigjährigen als Delegierten für Handelsverträge, der Bundesrat ernannte ihn zum bevollmächtigten Minister. 1954 wurde Schaffner Direktor der damaligen Handelsabteilung; dann Leiter der Verhandlungsdelegation in der OECE, im Gatt, in der EFTA, die sein eigentliches Werk ist.*

*Als Bundesrat Max Petitpierre im Sommer 1961 nach sechzehnjähriger Amtsführung an der Spitze des Politischen Departements zurücktrat, fasste die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversamm-*



Ausflug der Freisinnig-Demokratischen Fraktion der Bundesversammlung nach La Neuveville und Pruntrut am 15. Juni 1961, dem Tag der Wahl von Hans Schaffner zum Nachfolger von Max Petitpierre (von links nach rechts): Bundesrat Paul Chaudet, der neugewählte Bundesrat Hans Schaffner, Bundesrat Max Petitpierre und Hans Rudolf Leuenberger, der damalige Generalsekretär der Partei.

*lung den ungewöhnlichen Beschluss, einstimmig nicht einen Politiker, sondern den in allen Fraktionen hochangesehenen Wirtschaftsfachmann Schaffner als Kandidaten aufzustellen. «Der Eintritt von Minister Schaffner in den Bundesrat» stellte damals die Fraktion fest, «würde dazu beitragen, die Kontinuität unserer Bemühungen um eine gegenüber den Forderungen der europäischen Zusammenarbeit aufgeschlossene und zugleich auf die Wahrung schweizerischer Lebensinteressen bedachte Lösung dieser Probleme zu sichern.»*

*Mit dem Bürgerort Gränichen im Kanton Aargau stand der Kandidatur des in Interlaken und Burgdorf aufgewachsenen, mit dem Kanton Bern eng verbundenen Spitzenfunktionärs kein verfassungsrechtliches Hindernis entgegen. Am 15. Juni 1961 wurde Schaffner von der Bundesversammlung glanzvoll zum Bundesrat erkoren.*

*Die hochgespannten Erwartungen wurden erfüllt: Als Chef des Volkswirtschaftsdepartements hatte er mehr als 50.*

*Bundesgesetze und Bundesbeschlüsse zu betreuen, sich mit der konjunkturbedingten Teuerungsbekämpfung, der Wohnungsnot, selbstverständlich mit der Konsolidierung des Aussenhandels und weiterhin mit den internationalen Organisationen wie dem Gatt, der OECE, die sich zur OECD ausweitete, der EFTA und der Uno-Konferenz für Welthandel und Entwicklungshilfe zu befassen. Seine Debattierkunst war berühmt, und Kritiker und Opponenten hatten es nicht leicht. Seine glänzende Wahl zum Bundespräsidenten des Jahres 1966 bestätigte das hohe Ansehen, das er im Parlament genoss.*

*Was tut ein Mann von dieser Energie und Dynamik im Ruhestand? Er genießt seinen Sommersitz am Genfersee, setzt seine umfassende Belesenheit fort, verfolgt mit kritischem Geist die politischen Ereignisse und erfreut sich seiner Söhne und Enkel und unternimmt gelegentlich mit seiner Gattin eine Kunstreise.*

Dr. h. c. Hermann Böschenstein

glieder des Ausschusses und auch die Präsidenten hatten einfach daneben noch viel anderes am Hals. So war der Elan und Schwung unterschiedlich, aber es konnte doch einiges erreicht werden. Wichtige politische Vorstösse konnten durch die Fraktion im

Stadtrat eingebracht werden, die auf Vorarbeiten des Ausschusses beruhten. Die Partei konnte in ihrer Propaganda bei Wahlen auf kompetente Arbeiten zum Sport in der Partei verweisen und da oder dort Thesen oder Leitbilder zu städtischen Sportfragen bieten.

## Aussenwirtschaftspolitische Stellungnahme der FDP-Fraktion

### Nicht nur EG

Die freisinnig-demokratische Fraktion der Bundesversammlung pflichtet dem bundesrätlichen Bericht über die Stellung der Schweiz im europäischen Integrationsprozess zu. Sie hat zudem ein Positionspapier zur schweizerischen Aussenwirtschaftspolitik verabschiedet.

Mit ihrem eigenständigen Thesenpapier will die Fraktion diesen Bericht nicht nur umsetzen, sondern durch eine gesamt-aussenwirtschaftliche Betrachtung ergänzen, da die schweizerische Aussenwirtschaft nicht nur auf die EG ausgerichtet ist. Für sie kommt ein schweizerischer EG-Beitritt auf absehbare Zeit aus staats- und neutralitätspolitischen Gründen nicht in Frage. Ihrer Ansicht nach muss es deshalb das Ziel einer schweizerischen Europapolitik sein, diese auf eine

aktive und konstruktive Zusammenarbeit mit der EG auszurichten, und dies vor allem im Bereich des Zugangs zu dem für 1992 vorgesehenen EG-Binnenmarkt. Im weiteren hält die Fraktion eine Stärkung der Beziehungen der EFTA wie aber auch zur EG für unerlässlich. Da die schweizerische Aussenwirtschaft nicht nur auf die EG, sondern eine Vielzahl weiterer Länder ausgerichtet ist, darf für sie eine aktive Europapolitik nicht zur Vernachlässigung der universel-

len Aussenwirtschaftsbeziehungen führen. Eine von Ständerat Kaspar Villiger (LU) geleitete Arbeitsgruppe hat deshalb ein Thesenpapier ausgearbeitet.

Vorgängiger der Aussprache über den EG-Bericht liess sich die freisinnige Fraktion aus unterschiedlichen Blickwinkeln über die gegenwärtige Europapolitik und die Folgen für die Schweiz orientieren. Bundesrat Delamuraz vermittelte dabei eine umfassende Darstellung der europapolitischen Bemühungen der Landesregierung unter Berücksichtigung von EFTA und Gatt. Nach Ansicht von Staatssekretär Franz Blankart kann die Schweiz einen Zwang zu einem EG-Beitritt nur vermeiden, wenn sie beitriffsfähig wird. Der Präsident des Vororts, Pierre Borgeaud, trat für eine Liberalisierung der öffentlichen Beschaffungsaufträge auf dem Prinzip der Gegenseitigkeit ein. Der Chefredaktor der «Neuen Zürcher Zeitung», Dr. Hugo Büttler, plädierte dafür, dass die Schweiz ihre Eigenständigkeit bewahren soll.

Das aussenwirtschaftspolitische Positionspapier der FDP-Fraktion kann auf dem Generalsekretariat der FDP der Schweiz, Telefon (031) 22 34 38, angefordert werden.



Jürg W. Steiger, Inhaber einer Garten- und Sportplatzfirma, Mitglied der FDP-Arbeitsgruppe Sport, ehemaliger Präsident des FC Bern und des städtischen Sportausschusses, Vorstandstätigkeit in der FDP Sektion Bümpliz, FDP-Stadtrat 1977-1984.

sofort einen Sportausschuss gründen werde, was dann in einer späteren Nummer des «Sports» positiv kommentiert wurde. Im Zusammenhang mit der Ergänzung von anderen Fachausschüssen der Partei wurde dann ein Rundschreiben an die Parteimitglieder verschickt. Man konnte sich für den Sportausschuss melden (wie auch zur Ergänzung eben für andere Parteiausschüsse). Das Ergebnis war recht gut, meldeten sich doch über zwanzig Mitglieder zur Mitarbeit, auch promi-



### Mit Agenda 1989

Kennen Sie das FDP-Portefeuille? Es ist aus bestem Anilinleder (bordeauxfarbig) und mit vielen Einsteckfächern für Ausweise, Photos, Kreditkarten usw. versehen; und dazu noch der FDP-Agenda für das kommende Jahr.

Ich bestelle ..... Ex. FDP-Portefeuille (inkl. Jahresagenda 1989) à Fr. 44.-, plus Verpackungs- und Versandkosten.

Name/Vorname

Strasse

PLZ/Ort

Unterschrift

Datum

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an: FDP-Generalsekretariat, Postfach 2642, 3001 Bern.

### Vorerst kein Rückzug

Zur Initiative für «ehe- und familiengerechtere Bundessteuer

Das Initiativkomitee für «ehe- und familiengerechtere Bundessteuern» zieht sein Volksbegehren vorerst nicht zurück. Es wird einen solchen Schritt erst dann unternehmen, wenn gegen das gegenwärtig von den eidgenössischen Räten behandelte Gesetz über die direkte Bundessteuer das Referendum nicht ergriffen wird. Das Komitee will damit sicherstellen, dass die im Rahmen des sogenannten «Sofortprogramms» gewährten Steuererleichterungen auf Grund des Volksbegehrens, das von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz eingereicht wurde, dauerndes geltendes Recht werden.

Das Initiativkomitee stellt mit Genugtuung fest, dass die in der Initiative enthaltenen Begehren sowohl inhaltlich wie zeitlich einigermaßen befriedigend mit dem «Sofortprogramm» erfüllt wurden. Dies gilt inhaltlich namentlich für die drei Hauptziele der Initiative: erstens keine weitere Verschärfung der Progression, zweitens keine höhere Belastungen einzelner Gruppen von Steuerpflichtigen, namentlich jener der Alleinstehenden, sowie drittens steuerliche Entlastung insbesondere für Familien mit mittleren Einkommen. Zudem wurde weitgehend dank der freisinnigen Initiative das «Sofortprogramm» von Bundesrat und Parlament beschleunigt behandelt.

Das Komitee wird seine Initiative dann zurückziehen, wenn sicher steht, dass gegen das Gesetz über die direkten Bundessteuern das Referendum nicht ergriffen wird. Es will damit sicherstellen, dass die von freisinniger Seite initiierten Steuererleichterungen langfristig rechtlich gesichert werden.

Dank vieler junger Forscher, die der Grundlagenforschung zuliebe auf eine bestimmt lukrativere Stellung in der Privatindustrie verzichten, wird ihm gewiss sein.

Vreni Brodbeck, Zürich

### Schärfere Einreisevorschriften schrecken nicht ab

Gemäss Meldung im September-«Freisinn» will Nationalrat Peter Spälti mit einem Vorstoss beim Bundesrat erwirken, dass die Visumpflicht für bestimmte Länder eingeführt wird, um den internationalen Drogenhandel einzudämmen. Diese Absicht ist zwar lobenswert, zielt jedoch an der Realität vorbei. Tatsache ist näm-

lich, dass allein in diesem Jahr über 4000 Türken ohne Visum in die Schweiz eingereist sind, obschon für diese Ausländer seit mehreren Jahren die Visumpflicht besteht. Oder denken wir nur an die zahlreichen Tamilen, die hier Asyl verlangen und trotz Visumpflicht illegal über die grüne Grenze gekommen sind.

Es ist klar, dass die Verschärfung der Einreisevorschriften keinen einzigen potentiellen Drogenhändler abschrecken könnte, solange eine rigorose Grenzkontrolle (aus personellen Gründen) nicht möglich ist. Viel wichtiger wäre ein griffiges Ausländergesetz und insbesondere entschlossene Behörden, die es erlaubten, ausländische Drogenhändler (und andere Straftäter und unerwünschte Ausländer) konsequent aus der Schweiz auszuschaffen.

Bernhard Kohler, Zollikofen

## Nutzungs-Konzepte

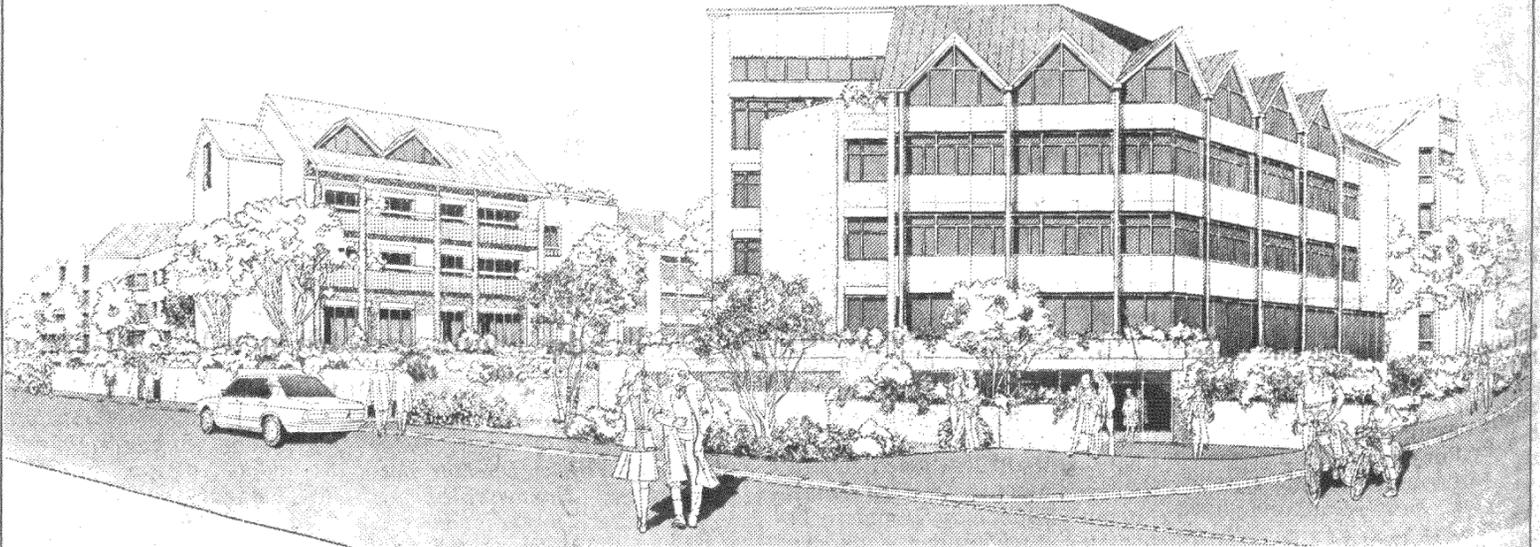


Für Bauprojekte und Liegenschaften erarbeiten wir Nutzungskonzepte – investitions- und marktgerecht.

SPALTENSTEIN AG  
IMMOBILIEN  
Siewerdstrasse 8, 8050 Zürich  
Telefon 01/316 13 10

Spaltenstein

# Partnerschaft, die Werte schafft.



Zum Beispiel im Maihof Luzern/Ebikon:  
Überbauung mit Geschäftshaus und vier Wohnhäusern, total 36 Wohnungen  
im Stockwerkeigentum.

Als Frutiger Generalunternehmung mit selbständigen Niederlassungen in Thun, Bern und Zürich gehören wir zur alteingesessenen, organisch gewachsenen Frutiger Unternehmensgruppe mit Hauptsitz in Thun.

Unser Know-how und die jahrelange Erfahrung im gesamten Bau- und Immobilienbereich kann auch für Sie die ideale Lösung sein. Statt unzählige Verträge auszuhandeln, gehen Sie mit uns eine einzige Partnerschaft ein, die

auf Vertrauen, Flexibilität und Auftragstreue beruht. Unser umfassendes Leistungsangebot, das Qualität, Termine und Kosten garantiert, führt zu optimalen Anlagen von bleibendem Wert. Auch für Sie!



Frutiger  
Generalunternehmung AG  
Heinrichstrasse 216  
8005 Zürich  
Telefon 01 44 30 36  
Seefeldstrasse 8  
3602 Thun  
Telefon 033 21 44 44  
Effingerstrasse 13  
3011 Bern  
Telefon 031 26 11 06

### Leserbriefe

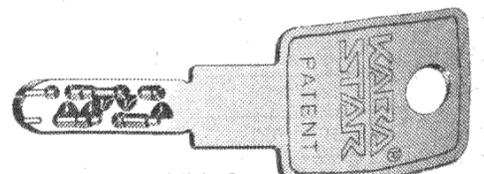
#### Für Remedur bei staatlicher Forschung

Mit der Ausbildung unserer Spitzenkräfte – sei es an den Hochschulen oder deren Forschungsstätten – steht es schlecht. In unserem Freundeskreis wird oft über dieses Thema diskutiert, weil einige von uns innerhalb der Familie mit diesem Problem konfrontiert werden. Es ist heute allgemein üblich, Herrn Hayek anzustellen, in der Meinung, er könne den verfahrenen Karren aus dem Dreck ziehen. Wie jedoch die menschliche Seite dieser Institutszusammenlegungen und Rationalisierungen aussieht, damit hat sich leider meines Wissens noch kein Politiker befasst, zu meiner Enttäuschung auch keiner von «meiner» Partei, der FDP.

Wohl den wenigsten Leuten ist bekannt, dass ein grosser Teil unserer Forscher immer nur für die Dauer eines Experimentes angestellt wird. Was es für einen Familienvater bedeutet, nicht zu wissen, wie es nach Beendigung dieser Zeitspanne von ein bis drei Jahren weitergehen wird, kann man sich leicht vorstellen.

Dass dieses System auch für die Forschung nicht gerade einträglich ist, sei nur nebenbei gesagt. Amerika, und zum Teil auch unsere Nachbarstaaten, haben eingesehen, dass Forschung auf diese Art nicht betrieben werden kann, und siehe da, die Resultate geben ihnen recht. Wer hat endlich den Mut, auch bei uns in der staatlichen Forschung Ordnung zu machen. Der

MIT BAUER KABA LASSEN SICH GESCHÄFTE ERFOLGREICH ABSCHLIESSEN.



Kaba Star.  
Das universelle Schliesssystem.  
Von Bauer Kaba.

Sonderheft der «Politischen Rundschau»

**«Parteien im Wandel»**

In vermehrter Masse haben sich in den letzten Jahren nicht nur Publizisten, sondern auch Wissenschaftler des Themas Parteien angenommen. Diesem ist auch eine Ausgabe der von der Freisinnig-Demokratischen Partei der Schweiz (FDP) herausgegebenen Vierteljahreszeitschrift «Politische Rundschau» gewidmet, auf die nachstehend verwiesen wird.

Unbestritten ist, dass sich die schweizerischen Parteien in einem Struktur- und Wertewandel befinden, nachdem das hiesige Parteiensystem während Jahrzehnten Bindungen, Solidarität und damit ein beinahe als berechenbar zu bezeichnendes Wählerverhalten bewirkte. Diese Bindungen sind ebenso wie die erwähnte Solidarität in den letzten Jahren lockerer geworden. Die traditionellen Parteien haben sich allerdings, wie ein Blick zurück zeigt, schon immer nicht ungeteilter Unterstützung und Anerkennung erfreuen können.

**Schweizerische Eigenheiten**

Für das schweizerische Parteiensystem ist zudem charakteristisch, dass Kleingruppierungen unterschiedlichster Couleurs immer wieder vorübergehend Bedeutung erlangen und die etablierten Parteien bedrängen, zu denen neben den vier Bundesratsparteien auch die vorab in der Westschweiz beheimateten Liberalen zu zählen sind (die übrigen Gruppierungen waren mit wenigen Ausnahmen nie in kantonalen Exekutiven vertreten). Trotz all diesen temporären Eruptionen erwiesen sich die Regierungsparteien als ausserordentlich robust – dies belegt allein schon der Blick auf die Wähleranteile bei kantonalen und eidgenössischen Wahlen, die trotz einigem Auf und Ab während Jahrzehnten weitgehend konstant blieben. Erst in jüngerer Zeit mussten die Regierungsparteien eine – wenn auch nicht grosse, so doch stete – Erosion ihres Wähleranteils hinnehmen. – Exponenten des schweizerischen Parteiensystems nehmen zu dieser Entwicklung und den sich daraus ergebenden Folgerungen in einer Sondernummer der «Politischen Rundschau» Stellung.

**Mehr Professionalität gefordert**

Gegen eine «Stimmungsdemokratie» der Parteien spricht sich dabei CVP-Generalsekretär Hans Peter Fagagnini aus, weil diese so «zum Spielball auf unruhiger See (würden) und ihrer Orientierungsfunktion noch ganz verlustig gingen». Der frühere stellvertretende Generalsekretär der SVP der Schweiz, spätere Bundeshausjournalist und nun stellvertretende Chefredaktor der Schweizerischen Depeschagentur (sda), Markus Rohr, fordert von den

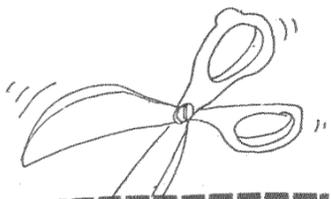
Parteien «mehr Professionalität». Nach seiner Meinung müssen die Parteien sich und ihre Politik «unbedingt besser verkaufen». Der freisinnige Waadtländer Staats- und Nationalrat Philippe Pidoux weist auf die Bedeutung der Parteien als Mittler zwischen Regierung und Wählern hin. Der Präsident der Liberalen (freisinnigen) Partei des Kantons Luzern, Nationalrat Paul Fäh, plädiert für eine Beschränkung auf das Wesentliche und erwartet von der FDP, dass sie «Flagge» zeigt.

Der frühere Sekretär der FDP des Kantons Zürich, hernach persönliche Mitarbeiter von Bundesrätin Elisabeth Kopp und nun selbständig als PR-Berater tätige Franz Neff fordert die Parteien auf, den Weg von der Parteispitze zurück zur Basis wieder besser zu pflegen. Für ihn ist die Partei ein Patient mit Besserungschancen. Optimistisch bezüglich der Zukunft der Parteien ist auch NZZ-Redaktor Kenneth Angst, weil für ihn die Lern- und Erneuerungsfähigkeit der traditionellen Parteien historisch mehrfach ausgewiesen ist: «Wer sie (die Lern- und Erneuerungsfähigkeit der Parteien) mit Blick auf die neuen Herausforderungen einmal mehr unterschätzt, dürfte eines Besseren belehrt werden.»

Ebenso kommt eine Stimme aus der Bundesrepublik Deutschland zu Wort. Prof. Ralf Dahrendorf, Mitglied der Freien Demokraten (F.D.P.), in der Schweiz vorab als Publizist bekannt, geht der Schwäche der Traditionsparteien nach. Er verweist dabei auf die Entwicklung in verschiedenen Staaten.

**Trotz Unterschieden Gemeinsamkeiten**

Allen Aufsätzen in diesem Sonderheft der «Politischen Rundschau» ist in all ihrer Unterschiedlichkeit eines gemein: Wenn sich die historischen Parteien wappnen, haben sie auch eine Zukunft in einer bunten gescheckten Parteienlandschaft, weil sie nach wie vor auf einem traditionellen Boden stehen. Deutlich kommt aber auch zum Ausdruck, dass sich die Parteien vermehrt und verstärkter den veränderten gesellschaftlichen Umständen – und dabei insbesondere den neuen Kommunikationsgewohnheiten – anzupassen und ihre Lernfähigkeit, die ihnen von mehreren Autoren attestiert wird, zu beweisen haben.



Ich bestelle ... Ex. «Politische Rundschau»: Sondernummer «Parteien im Wandel»

Name, Vorname

Strasse

PLZ, Ort

Datum, Unterschrift

Bitte senden an FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern.

Stellungnahme der FDP der Schweiz sowie der freisinnigen Fraktion

**Zum Rücktritt von Bundesrätin Kopp**

Die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) und die Freisinnig-Demokratische Fraktion der Bundesversammlung haben vom Rücktritt von Bundesrätin Elisabeth Kopp mit grossem Bedauern, aber auch mit Verständnis für diesen Entscheid, in welchem eine persönliche Tragik liegt, Kenntnis genommen. Auch im Strudel der jüngsten Ereignisse bleiben ihre Leistungen als Vorsteherin des Eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartementes (EJPD) und Mitglied der obersten Landesbehörde unbestritten und dürfen nun nicht einfach beiseite geschoben werden.

Bundesrätin Kopp verdient nicht nur den hohen Dank und die grosse Anerkennung von Partei und Fraktion, sondern auch der gesamten Öffentlichkeit. Dies insbesondere für ihre untadelige, souveräne und couragierte Amtsführung als Vorsteherin eines Departementes, das über ein breites Aufgabenfeld verfügt. Erinnert sei nur an die von ihr verfolgte Asylpolitik, die vom Souverän mehrfach sanktioniert wurde, oder ihre Anstrengungen im Bereich der Raumplanungs- und Bodenpolitik. Vorab dank ihrem engagierten Einsetzen sprachen sich die Stimmberechtigten für das neue Eherecht aus. Sie nahm sich aber auch in unzähligen anderen Belangen dem Postulat der Gleichberechtigung zwischen Mann und Frau an. Einen weiteren Beweis ihrer persönlichen Integrität leistete sie, als sie die von ihr veranlasste strafrechtliche Regelung der Geldwäscherei gegenüber dem ursprünglichen Fahrplan vorzog. Beim letzten eidgenössischen Urnengang vom 4. Dezember, bei dem drei Initiativen zur Abstimmung gelangten, wovon deren zwei ihr Departement betrafen, konnte sie einen doppelten Erfolg registrieren, in dem eine deutliche Mehrheit von Volk und Ständen die von ihr verfolgte Politik unterstützte. Bereits vor ihrem Eintritt in die oberste Landesbehörde erwarb sich Elisabeth Kopp als Gemeindepräsidentin Ansehen und machte sich als eine der ersten Umweltschutzpolitikerinnen einen Namen, die ihr Anliegen auch auf eidgenössischer Ebene konsequent – und zum Teil gegen harten Widerstand – durchsetzte. Sie genoss als Mitglied der Landesregierung auch ausserhalb der Landesgrenzen hohe Achtung. – Partei und Fraktion werden die weitgefächerten Verdienste der scheidenden Magistratin zugunsten unseres Gemeinwesens noch offiziell würdigen.

**Unterstützung für Bundesrat und Parlamentsmehrheit**

Nach dem 4. Dezember

Nach der Volksabstimmung vom 4. Dezember veröffentlichte die Freisinnig-Demokratische Partei der Schweiz (FDP) folgende Stellungnahme:

Mit doppelter Genugtuung hat die FDP vom Ausgang des eidgenössischen Urnenganges vom Wochenende Kenntnis genommen: einerseits weil sich darin die Abstimmungsempfehlungen der Partei widerspiegeln, andererseits weil eine überdurchschnittliche Zahl von Bürgerinnen und Bürgern sich an die Urnen begaben. Die drei Nein wertet die Partei aber auch als Unterstützung für die von Bundesrat und Parlamentsmehrheit getragenen politischen Entscheide. Deshalb sind nach Ansicht der FDP bei der Bodenpolitik die eingeleitete Revision des bürgerlichen Bodenrechts wie die angekündigte Überarbeitung des Raumplanungsgesetzes zügig an die Hand zu nehmen. Ebenso sind die Bemühungen zu einer Stabilisierung der Zahl der ausländischen Wohnbevölkerung konsequent weiterzuführen und Missbräuche im Asyl-

wie Asyldebatte belasten, energisch zu bekämpfen.

Die FDP ist erfreut darüber, dass die untaugliche Stadtland-Initiative deutlich abgelehnt wurde. Da der Wettstreit um das knappe Gut Boden und die damit verbundenen enormen Preissteigerungen Formen angenommen haben, die bedenklich stimmen, hat die Partei bereits vor geraumer Zeit eine Arbeitsgruppe eingesetzt, die liberale Lösungen zur Bodenfrage vorschlagen soll. Dieses Gremium hat einen Zwischenbericht vorgelegt, in welchem Vorschläge für ein besseres Funktionieren des Baulandmarktes mit planerischen und fiskalischen Massnahmen enthalten sind. Die Arbeitsgruppe wird ihre Arbeiten fortsetzen, die bisherigen Vorstellungen weiter konkretisieren und zudem Vorschläge zur Eigentumsförderung und Raumordnungspolitik ausarbeiten.

Unmissverständlich fiel die Ablehnung der sechsten Überfremdungsinitiative aus, auch wenn das Ergebnis durch die in den letzten Monaten – zu Unrecht – stark emotionalisierte

und dramatisierte Asyldebatte beeinflusst wurde. Nach Ansicht der FDP muss auch inskünftig klar zwischen Ausländer- und Asylpolitik getrennt werden. Dabei wird es in der Ausländerpolitik nicht nur darum gehen, das Stabilisierungsziel nicht aus dem Auge zu verlieren, sondern auch dem qualitativen Aspekt der in der Schweiz arbeitenden Ausländer ein stärkeres Gewicht beizumessen. Ebenso sind die Anstrengungen im Rahmen der schweizerischen Aussen- und Entwicklungspolitik zu verstärken, um so einen Beitrag zur Verminderung der weltweiten Wanderungsbewegung Arbeitssuchender zu leisten.

Für die FDP ist das Nein zur Arbeitsinitiative eine deutliche Absage an starre, die unterschiedlichen Bedürfnisse der einzelnen Branchen und Regionen nicht berücksichtigende Vorschriften. Ebenso aber auch ein Bekenntnis zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit – Stichwort EG 92 – der Schweizer Industrie und der Dienstleistungsbetriebe.

Milizarmee und Schiesswesen ausser Dienst

# Nicht nur Worte, auch Taten sind gefragt

Zurzeit läuft das Vernehmlassungsverfahren für eine Teilrevision des Bundesgesetzes über die Militärorganisation (MO). Dazu eine Stellungnahme von FDP-Nationalrat Dr. Willy Loretan, Zofingen.



Der Schwerpunkt der vorgesehenen Änderungen liegt bei der Abschaffung des Hilfsdienststatus und bei der damit verbundenen Einführung der sogenannten differenzierten Einteilung (früher «differenzierte Tauglichkeit»). Erstaunlich ist, dass das Eidgenössische Militärdepartement nicht auch Anpassungen des Gesetzes an die Entwicklungen im Schiesswesen ausser Dienst, die in den letzten Jahren eingetreten sind, vorschlägt.

Diese Feststellung gilt generell für den ganzen Bereich der ausserdienstlichen Tätigkeit. Eine Milizarmee wie die unsrige lebt ja zu einem guten Teil von der Aktivität der Wehrmänner, vor allem der Kader, ausserhalb der gesetz-

lichen Dienstleistungen. Dieser Bereich ist es deshalb wert, auch legislatorisch zukunftsgerichtet eingefangen und abgestützt zu werden.

## Ungereimtheiten auf der Abgabe der persönlichen Waffe

Art. 94 MO lautet ursprünglich: «Wer seine Wehrpflicht vollständig erfüllt hat, behält seine Bewaffnung und persönliche Ausrüstung bei seiner Entlassung als freies Eigentum.» Er entsprach damit dem Willen des Verfassungsgesetzgebers. Auf Antrag des Bundesrates änderten die eidgenössischen Räte im Jahr 1967 die Bestimmung dahin, dass der Wehrmann nach Erfüllung der Wehrpflicht Gegenstände der persönlichen Ausrüstung, «mit Ausnahme der leihweise gefassten Gegenstände», als Eigentum behalten kann. Dem Bundesrat wurde nunmehr formell die Kompetenz übertragen, die «leihweise abzugebenden Gegenstände» zu bezeichnen. In der Botschaft hatte der Bundesrat eingeräumt, dass er von diesem Grundsatz in der Praxis bereits abgewichen sei, unter anderem auch bezüglich der Abgabe des Sturmgewehrs. Trotzdem delegierten die eidgenössischen Räte – entgegen dem Willen der Verfassung – die Garantie des Eigentums an der persönlichen Waffe von der Stufe Ver-

fassung/Gesetz auf diejenige des Verordnungsrechtes der Exekutive hinunter. Fortan war das Sturmgewehr 57 (Stgw 57) nur noch Leihwaffe.

Wohl wurde und wird der Karabiner 31 unter bestimmten Voraussetzungen den aus der Wehrpflicht ausscheidenden Wehrmänner unentgeltlich zu Eigentum abgegeben. Man kann sich allerdings fragen, welchen Sinn es macht, einem Wehrmann einen Karabiner in die Hand zu drücken, nachdem er seit Jahr und Tag ausschliesslich mit dem Sturmgewehr geübt hat. Diese Lösung ist dem freiwilligen ausserdienstlichen Schiesswesen nicht förderlich. Warum die Angst, dem nicht mehr dienstpflchtigen Wehrmann ein Sturmgewehr abzugeben? Ändert denn plötzlich etwas an der «Gefährlichkeit» dieser Waffe, sobald sie einem nicht oder nicht mehr dienstpflchtigen Bürger gehört? Diese Entwicklung widerspricht dem Grundgedanken von Art. 18 Abs. 3 BV und althergebrachten Traditionen unseres Landes.

In der Folge verschiedener parlamentarischer Interventionen, u. a. auch des Verfassers dieser Zeilen, musste der Bundesrat zusichern, dass den aus der Wehrpflicht ausscheidenden Wehrmännern, entgegen der bisherigen Praxis, aber entsprechend Wortlaut und Sinn der Verfassung, neu auch das Sturmgewehr 57 zu Eigentum überlassen werden soll. Umstritten ist allerdings, ab welchem Jahr. Sachgerecht und vernünftig ist das Jahr 1990, weil dann zum ersten Mal Wehrmänner

der Infanterie und der Mechanisierten und Leichten Truppen (MLT) aus der Wehrpflicht ausscheiden, die von Anfang an am Stgw 57 ausgebildet worden sind.

## Wo bleibt die Unterstützung?

Jahraus, jahrein belobigen Vertreter des Bundesrates bei Anlässen und Jubiläen von Vereinen, die sich der ausserdienstlichen Tätigkeit und der Weiterbildung widmen, deren hohen Stellenwert. In der Praxis sieht es dann allerdings teilweise anders aus. So fehlt es an verschiedenen Orten an der finanziellen Unterstützung des Bundes.

Neuerdings stellt das EMD die Liste der neuernannten Korporale nicht mehr wie bisher den Militärzeitschriften zu Werbezwecken zur Verfügung. Die militärischen Vereine sollen nicht mehr wissen dürfen, wer zum Unteroffizier befördert worden ist. Solche Leisetreteri ist abzulehnen! Ein Milizheer ist auf solche Verbindungen angewiesen. Der einschlägige Art. 126 MO sollte daher präzisiert werden und könnte wie folgt lauten: «Der Bund unterstützt die der militärischen Aus- und Weiterbildung dienende Tätigkeit von Vereinen und Verbänden, insbesondere in administrativer und finanzieller Hinsicht. Der Bundesrat regelt die Einzelheiten.»

## Im Interesse der Eidgenossenschaft

Sind solche Begehren überrissen und verletzen sie gar das Gebot

der Gleichbehandlung gegenüber Organisationen und Verbänden auf anderen Gebieten gesellschaftlicher und staatlicher Aktivität? Die Frage stellen heisst, sie zu verneinen. Denn solange die Bundesverfassung den Grundsatz der allgemeinen Wehrpflicht festlegt und damit von der Tradition der bewaffneten Neutralität, aber auch von derjenigen des Milizsystems ausgeht, solange ist die Eidgenossenschaft in höchstem Masse daran interessiert, dass die freiwillige ausserdienstliche Tätigkeit allgemein, nicht nur im Schiesswesen, auf der Höhe der Zeit bleibt.

Und wem auch dies nicht einleuchten mag, der rufe sich in Erinnerung, dass heute nach wie vor rund 500 000 Schützen das «Obligatorische» schießen, davon 120 000 freiwillig; weit über 200 000 Frauen und Männer bestreiten zudem alljährlich freiwillig das eidgenössische Feldschiessen. Für die Aufrechterhaltung der dissuasiven Wirkung der Armee und deren Kriegsbereitschaft spielen eben nicht nur Bewaffnung und Ausrüstung, ein hoher Ausbildungsstand und eingespielte organisatorische Strukturen im Bereiche der militärischen Landesverteidigung eine Rolle, sondern, neben weiteren Komponenten der Gesamtverteidigung, auch der Wehrwille und die Wehrbereitschaft unseres Volkes. Hier erfüllen Vereine und Verbände, die sich der ausserdienstlichen Tätigkeit widmen, eine wichtige Aufgabe. Sie haben Anspruch auf eine deutlichere und bessere Unterstützung durch den Bund.

## Flagge zeigen

können Sie mit den gediegenen FDP-Accessoires und den originellen und farbenfrohen freisinnigen Kleinwerbemitteln, die auch für den persönlichen Gebrauch eingesetzt werden können. Ein FDP-Feuerzeug gibt beispielsweise am Stammtisch Gelegenheit zu einem Gespräch über freisinnige (und andere) Politik ...

Anzahl/Artikel	Preis	Total
Seidenfoulard	Fr. 49.—	Fr.
Krawatte	Fr. 38.—	Fr.
Portefeuille	Fr. 44.—	Fr.
Armbanduhr blau	Fr. 48.—	Fr.
Solarrechner	Fr. 20.—	Fr.
Schirm	Fr. 35.—	Fr.
Doppelschirm	Fr. 48.—	Fr.
Doppelsportschirm (Klappsitzgriff)	Fr. 44.—	Fr.
Normalschirm	Fr. 35.—	Fr.
Stirnband/Pulswärmer-Set	Fr. 10.—	Fr.
Anstecknadel	Fr. 10.—	Fr.
Windblouson		
... Grösse S ... Grösse M ... Grösse L	Fr. 30.—	Fr.
T-Shirt		
... Grösse 10 ... Grösse M		
... Grösse 12 ... Grösse L	Fr. 18.—	Fr.
Sonnenhut	Fr. 1.20	Fr.
Wasserball	Fr. 1.50	Fr.
Feuerzeug, Schachtel à 10 Stück	Fr. 13.50	Fr.
Zündholzschachtel, Packung à 10 Stück	Fr. 2.—	Fr.
Kugelschreiber, Schachtel à 10 Stück	Fr. 6.—	Fr.
Kräuterbonbon, 1-Kilo-Dose	Fr. 15.—	Fr.
Erfrischungstüchlein, Packung à 100 Stück	Fr. 20.—	Fr.
<b>Totalkosten</b>		<b>Fr.</b>

+ Verpackungs- und Versandkosten

Name, Vorname \_\_\_\_\_

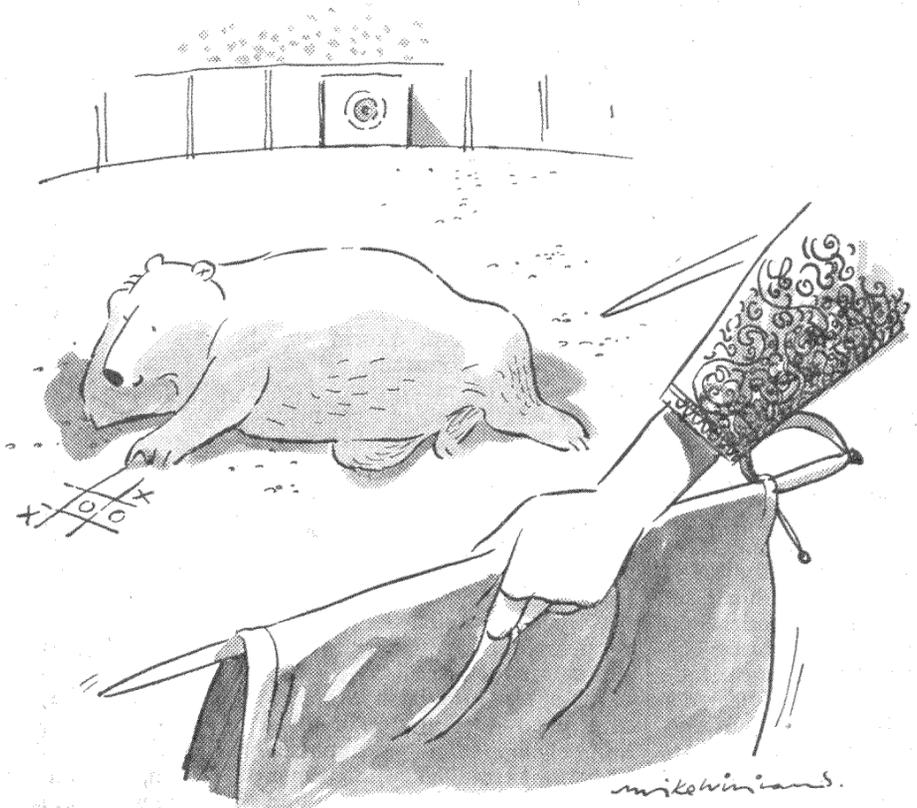
Strasse \_\_\_\_\_

PLZ/Ort \_\_\_\_\_

Unterschrift \_\_\_\_\_ Datum \_\_\_\_\_

Bitte in Blockschrift ausfüllen und senden an:

Generalsekretariat FDP der Schweiz, Postfach 2642, 3001 Bern



## Was hat ein Bär mit einem Bullen gemeinsam?

Tatsächlich sehr wenig. Bullen neigen dazu, der Herde blindlings zu folgen, loszustürmen, ohne nachzudenken. Kaum Eigenschaften, die Sie von Ihrem internationalen Vermögensberater erwarten. Darum kommen private und institutionelle Anleger aus aller Welt zur Bank Julius Bär, einer der führenden Schweizer Privatbanken, mit dem Ziel, ihre Vermögensanlage auf umsichtige Art und Weise zu erhalten und zu mehren. Seit nunmehr über 40 Jahren haben wir uns in diesem Sinne in der internationalen Vermögensverwaltung bewährt.

JB<sup>CO</sup>B

**BANK JULIUS BÄR**

For the Fine Art of Swiss Banking

Zürich, Bahnhofstrasse 36, 8010 Zürich · Genf · London · New York